

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Ausnahmen im Anzeigen- oder redaktionellen Teil kosten 1 Mk. für die siebengefaltete Kolonelle oder deren Raum. Vereins- und Veranlassungsbilanzen kosten pro Seite 25 Pfg. Geschäftsanzeigen werden nach Erlebigung laufender Aufträge nicht mehr aufgenommen.

Telephon-Nummern: Redaktion-Expeditiön 89. Vorstand 98.

### Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphen-Adresse: **Arbeiterverband Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Bochum.** Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bochum, Biemelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

## Bergarbeiter, wie lange noch?

Vor kurzem veröffentlichten wir ein Protokoll einer Geheimkonferenz des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter, die am 25. Juni 1905 in Oberhausen stattgefunden hat.

In dieser Geheimkonferenz wurde festgestellt, daß hohe Herren der Gewerkschaftsführung anbefohlen hatten, den Bergarbeiterverband noch schlimmer zu bekämpfen, als es s. B. durch August Brust schon geschah! Und doch fühlten sich auf der Konferenz christliche Delegierte veranlaßt, die Brüstischen Flugblätter und Artikel als Schund- und Schandarbeiten zu bezeichnen, die nur von einem Menschen verfaßt werden könnten, der geistig nicht mehr normal dastehet. Es sei, so sagten Delegierte, in der Gewerkschaftsführung derartig gewirkt worden, daß bei Aufdeckung dieser Wirtschaft kein Mensch im Gewerkschaftsgebäude wäre!

So, nun kann sich jeder selbst ausmalen, wie es zugegangen haben muß, ehe man solche Auffassung auf der Konferenz zum Besten gab. Kein Mensch würde im Gewerkschaftsgebäude sein! Ist das nicht köstlich! Welcher Unrat und welcher Verfall mußten sich da angehäuft haben, ehe man in der Verzweiflung zu solchem Bekenntnis gelangte. Fürwahr, könnten die Bergarbeiter hinter die Kulissen der Gewerkschaftsführung heute noch schauen, kein Mensch würde im Gewerkschaftsgebäude sein! Und doch hatte schon s. B. August Brust erklärt, daß hohe Herren die Gewerkschaftswirtschaft unter seiner Leitung gutgeheißen haben. In der Bekämpfung des Bergarbeiterverbandes, also in der Bekämpfung der Arbeitsbrüder im Bergbau hätte noch viel härter vorgegangen werden müssen! Dieses Eingeständnis müßte auch den Dummsten unter den Bergarbeitern die Augen öffnen —

Hohe Herren erklären, daß ihnen die damals schon von Brust auf die höchste Spitze getriebene Arbeiterbewegung im Bergbau und Arbeiterzerpflüchterung noch nicht weit genug gegangen sei. Wäre die heutige Gewerkschaftsleitung eine ehrliche Arbeiterführung, sie würde aller Welt offenbaren, wer die hohen Herren waren und sind, die sich nur damit befriedigt fühlen, wenn die armen Bergarbeiter wie wilde Bestien sich gegenüberstehen. Die Gewerkschaftsleitung aber deckt mit Schweigen die Namen der hohen Herren.

Ungen in der Erde mühen sich in Not und Qual die Bergarbeiter ab, die christlichen wie die „unchristlichen“. Unten bräuen Not und Gefahren, und alle Augenblicke wird ein zerschmetterter Bergmannskörper zutage geschafft. Tränen der Wunden und Waisen fließen überreich. Jeder Menschenfreund schreit mit in Schmerz auf. Und die Bergarbeiter, die nicht getötet sind, über die sich die Leichenhügel noch nicht gewölbt haben, sie kehren täglich zum Schacht zurück, einen Tag nach dem andern, ein Jahr nach dem andern; bis der schwere und gefährliche Beruf ihre beste Gesundheit in selbst jungen Jahren aufgefressen hat. Das ist Bergmannsleben, das sind die Verachteten, über die ein mutwilliges Herrenmenschenroh und mutwillig das Szepter schwingt.

Es könnte anders und besser sein! Der heutige Bergsklave könnte sich zum freien Vertragsstrahenten erheben, der mitbestimmt, wie seine Arbeit, wie seine Person bewertet und verwendet werden soll. Durch die gewaltige Macht, die in der Einheit des Willens der Hunderttausende Bergsklaven liegt, durch die Bergarbeiterreinigkeit könnten viel Glend und viele Tränen gepart werden! Und eine neue Zeit würde für die Bergarbeiter heranzubringen, wenn Kamerad zu Kamerad steht, alle von einem Willen beseelt, aus unnatürlicher und unwürdiger Qual und Not sich herauszuarbeiten.

Aber da kommen die hohen Herren, die sonst kalt und stolz dem armen hartgeknehten Bergarbeiter aus dem Wege gehen, die ihn nicht kennen, verachtend auf ihn herabschauen und befehlen die Bergarbeiteruneinigkeit und die Bergarbeiterzerpflüchterung! Sie befehlen es, damit der Herrenmenschenstandpunkt Trumpf bleibt, damit Gewalt und Willkür die Bergsklaven weiter bedrücken und entrechten können! Die Menschen, die von Jugend auf im Bergbau ihr Leben fristen, sollen Sklaven bleiben, haben nur die Pflicht, Mühen und Nerven zu zücken, Juntern und Großindustriellen die Kassen zu füllen und einem Staatswesen zu dienen, das die Reichen schützt und schon und der Arbeiterklasse mit Blut- und Gultstücken das Leben vergällt. Die allernotwendigsten Lebensmittel werden den Arbeitern fortgeleitet, verteuert, sucht er aber mit seinen Kameraden höhere Löhne zu erringen, um einen Ausgleich seiner wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen, dann sucht man das Arbeiterheer zu teilen und zu zerplütern. Schreit das nicht zum Himmel!

Die Religion der Bergarbeiter ist die Armut, ihr Glaube die Hoffnung auf Erlösung! Und wenn die einen verneinen in der irdischen Welt die volle Befriedigung ihrer Lebensforderungen erkämpfen zu können und die anderen noch weiter gehen und über die Sterne hinaus ihre Sehnsucht nach Erlösung schweifen lassen, so ist ihnen doch gemeinsam die Qual der Armut, des Sklaventums, und gemeinsam ist ihnen das Verlangen nach Besserung! Nein, nein, christliche und sogenannte unchristliche Bergarbeiter stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser, wie man das den Bergarbeitern weismachen will! So denken nur Menschen, die Furcht haben, daß man den Kapitalisten die Sklaven rauben könnte. So denken nur Feinde einer wahren Menschwerdung der Arbeiterklasse!

Die evangelischen, katholischen, atheïstischen Bergarbeiter, alle, alle bilden sie eine Familie, die vom Leben und ihrer Arbeit hart mitgenommen werden. Warum fühlen sie sich aber nicht alle als Glieder dieser Familie, warum zerfleischen sie sich in Fragen, die alle gleich berühren und alle gleich beglücken können, wenn sie gelöst sind. Die hohen Herren wollen es nicht, die hohen Herren sehen sich in ihrer Herrschaft der brutalen Willkür, die sie ausüben, gefährdet.

Vor dem Sklaven, der die Kette bricht, vor dem freien Mann erzieht nicht!

So sollte es sein, aber so ist es nicht. Was aus seiner Armut und aus Not und Qual schreit nach Recht und Gerechtigkeit, das muß zum Stillstehen gebrächt werden. Und da die hohen Herren sich allein zu schwach fühlen, suchen sie die Armen und Bedrückten vor den Bedrückten mit Hilfe ihrer Leidensgenossen fester zu schmieden. Divide et impera! — Teile und herrsche!

Die Bergarbeiterfamilie muß verhehrt werden, sie müssen als Feinde aneinander vorübergehen, nicht lieben, nein hassen sollen sie sich, tödlich hassen! Die in Not und Tod unten in der Tiefe ihr Leben riskieren, wenn es heißt: Ein Mensch in Gefahr! Sie sollen über ihre Kräfte und Säfte benutzen, sich gegenseitig aufzureiben, sich zu zerfleischen, zu bekämpfen und zu schwächen. Damit die hohen Herren sich ins Häuschen lachen können; damit sie nicht in ihrem Uebermut und der Herrschaft über die Armut gestört werden.

Und das machen Leute mit, die ehemals auch als arme Arbeiterkinder froh waren, wenn ihnen selbst ihr kärglich Brot gereicht wurde! Bergmannskinder sind es, die die Macht der Bergarbeiterzerpflüchterer stützen, die selbst mithilfe, die Bergarbeiter von einander zu trennen, damit deren Kraft, die Fesseln zu lösen, nicht wachse!

Im Auftrage hoher Herren hat August Brust eine beispiellose Hehe gegen seine ehemaligen Arbeitskammeraden, gegen die Bergarbeiter getrieben. Wer sind die Leute, die diese Hehe, wie die letzten Wahlen im Ruhrbecken zeigen, noch gesteigert haben? Namhaft kennen wir nur diejenigen, die den Auftrag hoher Herren, die Verhehungsarbeit, ausführten und die in ihren Mitteln, die Verhehung wirksam zu machen, keine Grenzen mehr kannten! Namhaft sind uns nur diejenigen, die sich an die Spitze von Arbeiterorganisationen gestellt haben, die im Auftrag hoher Herren die organisierte Zerspaltung der Bergarbeiter zu betreiben haben! Wie wir täglich erleben, mit Erfolg! Bergarbeiter, wie lange noch?!

## Bestimmen über den Ausfall der Anknappschaffswahlen.

Nichts liegt näher, als daß wir auch einige Bestimmen über den Ausfall der Anknappschaffswahlen bringen. Daß die sozialistische Arbeiterpresse, die freien Gewerkschaftsorgane sowie ein kleiner Teil der zu den Bergarbeitern haltenden bürgerlichen Zeitungen den Ausfall der Wahlen freudig begrüßen, braucht hier nicht erst besonders festgestellt werden. Uns kommt es darauf an, den Kameraden mitzuteilen, wie die führenden Organe, die das Kompromiß aller Nichtverbänder gegen den Bergarbeiterverband unterstützten, heute über den Ausfall der Wahlen denken.

So gestand die „Kölnische Zeitung“ nach der Wahl: „Eine solche schwere Niederlage des christlichen Gewerkschaftsverbandes hatten selbst seine schärfsten Gegner nicht erwartet!“

Und später, am Mittwoch, den 21. September lasen wir in der „Kölnischen Zeitung“ folgendes:

„An dem Ergebnis ändern die noch ausstehenden Nachrichten wenig. Der Erfolg des sozialdemokratischen Verbandes ist unbestreitbar, die Niederlage des christlichen Gewerkschaftsverbandes größer, als man erwartet hatte.“ Dieses Urteil über den Ausfall der Wahl der Anknappschaffswahlen im Ruhrkohlengebiet wird jetzt in der „Kölnischen Zeitung“ gefällig, in demselben Blatt, das neben dem Organ des christlichen Gewerkschaftsverbandes der Bergarbeiter, dem „Bergknappen“, seit zwei Monaten die Führung des christlichen Gewerkschaftsverbandes in seiner Sammelpolitik gegen die Sozialdemokratie im Industriegebiet übernommen hatte. Es ist ein gerechtes Urteil, und dieses offene Geständnis nicht wählend es gegen die Winkelfüge und die Vertuschungsversuche der Zentrumsblätter im Industriegebiet. Alle nichtsozialdemokratischen Parteien sind sich einig über die Bedeutung und die Tragweite dieses neuen sozialdemokratischen Erfolges, aber über die Ursachen gehen die Ansichten weit auseinander. Das Zentrum und die Führer im christlichen Gewerkschaftsverband glauben, daß ein enger Anschluß aller nichtsozialdemokratischen Bergarbeiter einen anderen Ausgang dieser Wahl hätte erhoffen lassen, und dann wird auf die Polen und die Unorganisierten hingewiesen als die Schuldigen. Die Sache liegt aber doch etwas anders; die Schuld liegt einzig und allein bei dem Gewerkschaftsverband christlicher Bergarbeiter, bei seinem jahrelangen Bemühen, auf zwei Schultern zu tragen und bei seinem eifrigen, oft mit den untauglichsten Mitteln betriebenen Wettbewerbe mit der Sozialdemokratie im Stimmenfang und im Werben neuer Mitglieder.

Wir freuen uns über das Geständnis, daß der Bergarbeiterverband einen vollen Sieg davongetragen hat, der durch alle Winkelfüge und die Vertuschungsversuche der Zentrumsblätter im Industriegebiet nicht verkleinert werden kann!

Die Hauptursache des Mißerfolges sieht das Kölner Organ in der schwankenden Haltung des Gewerkschaftsverbandes seit seiner Gründung. Und dann wird dem Gewerkschaftsverband vorgeworfen, daß er sich bei gewisser Gelegenheit mit dem Bergarbeiterverbande in bergmännischen Fragen verbündet habe, so daß schließlich Handelsminister Deibler im Herrenhause sich zu der Erklärung veranlaßt sah:

„Die Art, wie die christlichen Gewerkschaften ihre Ziele verfolgen, deckt sich nicht immer mit dem Kaiserhof, mit dem sie ihre Versammlungen eröffnen, und mit dem Hoch auf das Vaterland, mit dem die Versammlungen geschlossen werden.“

Und am 20. Mai 1906 hat der Minister erklärt:

„Die Forderungen der Christlichen müssen so formuliert sein, daß sie sich im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung erfüllen lassen; sie dürfen nicht so formuliert sein, daß man den Verdacht hat: Ja, hier wird tatsächlich alles gefordert, was auch die Sozialdemokraten fordern, weil sonst die Gefolgschaft der christlichen Gewerkschaften eine außerordentlich kleine sein würde. Darin liegt für die christlichen Gewerkschaften eine Gefahr.“

Der Minister hat aber nun nicht die Forderungen offenbart, welche der Gewerkschaftsverband zu stellen hat. Freilich ist der Gewerkschaftsverband in einer schlimmen Zwischmühle. Will er sich die Gunst hoher Herren erhalten, darf er überhaupt nichts fordern, vielleicht nur petitionieren! Aber da sind die christlichen Bergarbeiter, die wöchentlich ihre 40 Pfennige, damit der Gewerkschaftsverband dieselben Forderungen vertritt, wie der alte Verband! Der Gewerkschaftsverband möchte, damit er seine Existenz friste, nach beiden Seiten befriedigen und gerät dadurch in eine jämmerliche Lage, die die Veranlassung gibt zu der berühmten Gott- und Silbpolitik des christlichen Gewerkschaftsverbandes.

Die „Kölnische Zeitung“ wirft dem Gewerkschaftsverband vor, daß er einen Fehler nach dem anderen mache:

„Es sei nur daran erinnert, daß der christliche Gewerkschaftsverband mitgeholfen hat, die Verhältnisse wohl aus dem Entwurf der neuen Satzungen des Allgemeinen Anknappschaffsvereins für das Ruhrkohlengebiet auszumergen. In better Absicht hatten Aufsichtsbereiter und Werkbesitzer in den Entwurf der neuen Satzungen die Bestimmung gebracht, daß für die Wahl der 15 Ältesten (im Anknappschaffsverband) die Verhältniswahl zu gelten habe. Wenn diese Bestimmung rechtskräftig geworden wäre, dann könnten heute, selbst nach der Wahl vom letzten Samstag, nicht ausschließlich Mitglieder des sozialdemokratischen alten Verbandes im Anknappschaffsverband sitzen. Aber der christliche Gewerkschaftsverband verlangte mit den Ältesten bei den damaligen langen Verhandlungen als Konzession der Werkbesitzer, daß die Verhältniswahl aus den Satzungen gestrichen werde. Das ist denn auch geschehen. Der christliche Gewerkschaftsverband kann sich heute den Schaden befehlen.“

Die Absicht der Aufsichtsbehörden und Werkbesitzer war, uns seinerzeit schon klar und gewiß auch dem christlichen Gewerkschaftsverband. Aber die letzteren wollen nur Verhältniswahl dort, wo sie in der Minorität sind, nicht da, wo sie die Majorität besitzen. Wenn sie während der Beratung des Statuts nun auch die Minorität hatten, so glaubten die christlichen Sträter, doch noch einmal die Majorität der Ältesten hinter sich zu bekommen. Das rheinische Organ erkennt die christlichen Führer sehr. Die haben die kommenden Siege immer im Voraus in der Tasche bei sich. Daß sie dabei falsch kalkulieren, ist ihnen gewiß nicht zu verdenken. Die Leute sind nun einmal so. Es ist noch gar nicht so lange her, da machte man der Menschheit im „Bergknappen“ sogar weis, daß sich der Gewerkschaftsverband christlicher Bergarbeiter „aufrichtig“ der Stärke des Verbandes im Bochumer Anknappschaffsverein freue! Der Verband würde sich nun abwickeln und dann an den Gewerkschaftsverband das Erbe abtreten müssen! Die bei den letzten Ältestenwahlen vorgenommene Sammlung bezw. das Kompromiß sollte den Anfang mit der Niederwerfung des Verbandes machen. Das war gar nicht so übel kalkuliert, wenn nur die Bergarbeiter mitmachen wollten. Da liegt aber der Hase im Pfeffer!

Mahnend und ärgerlich fährt die „Kölnische Zeitung“ fort und hier bitten wir unsere Kameraden, ganz besonders Obacht zu geben:

„Diese Taktik hat das Ansehen des Gewerkschaftsverbandes christlicher Bergarbeiter schwer geschädigt und die Grundlage für seine jetzigen Mißerfolge gelegt. Die Umkehr, die er seit einiger Zeit auf Maken und Drängen der hinter ihm stehenden politischen Partei gemacht hat, ist bis jetzt im Industriegebiet ohne Erfolg gewesen. In Regierungskreisen, bei gewissen politischen, auch liberalen Kreisen im Lande und auch zum Teil in industriellen Kreisen trägt man sich schon lange mit dem Gedanken, mit dieser größten der christlichen Gewerkschaften im Industriegebiet eine Sammelpolitik gegen die Sozialdemokratie einzuleiten, und fördert die Bestrebungen, mit diesem christlichen Gewerkschaftsverband als Basis eine christlich-nationale Gesamtbewegung aller nichtsozialdemokratischen Kreise zu veranlassen. Wie die Sicherheitsmännerwahlen und jetzt die Anknappschaffswahlen klar bewiesen haben, ist diese Basis ein mächtiger Berg von Flugsand; eine... Sturm hält sie nicht stand. Die evangelischen Arbeiterbewegung hinter dem christlichen Gewerkschaftsverband das Zentrum, und die nichtorganisierte sonstige Arbeiterschaft, die nach Hunderttausenden im Industriegebiet zählt, kennt die langjährige Waffendrübererschaft der Christlichen mit den Sozialdemokraten. Wenn sie sich einmal politisch betätigen, dann gehen sie gleich ins rote Lager, dort sehen sie wenigstens Klar. Das sind nur kurze Andeutungen, wie dieser Sieg der Sozialdemokratie bei den Anknappschaffswahlen gekommen ist und wo die Ursache der Niederlage der Christlichen liegt. Ueber die Wirkungen braucht man noch weniger zu sagen. Der Jubel in den sozialdemokratischen Blättern des Industriegebietes redet da eine deutliche Sprache. Von einer Sammlung der christlich-nationalen Arbeiterschaft, von einem Emporbühen beruflicher nationaler Arbeitervereinigungen sind wir noch so weit entfernt wie zuvor und wenn vor dem 17. September die Wahl der Anknappschaffswahlen ein Vorspiel, eine Vorprobe für die kommenden Reichstagswahlen genannt wurde, so ist der Ausgang des 17. September nicht dazu geeignet, den kommenden Reichstagswahlen, vor allem im Industriegebiet, mit Hoffnung und Überdacht auf eine Wandlung zum Besseren in unserem innerpolitischen Leben entgegenzusehen.“

Hört, hört! Daß der „Gewerkschaftsverband christlicher Bergarbeiter“ in bergmännischen Fragen nicht mehr mit der stärksten

Bergarbeiterorganisation, dem Verband, ohne die der Gewerkschaften garnichts für seine Mitglieder erkämpfen kann, zu tun haben will, ist auf Raten und Drängen bürgerlicher Parteien erfolgt!!!

In Regierungskreisen, in politischen Kreisen und in industriellen Kreisen trägt man sich schon lange mit dem Gedanken, den christlichen Gewerkschaften zur Basis gelber Gewerkschaften zu machen!!!

Minister, Parteiführer und Grubenbesitzer suchen aus dem christlichen Gewerkschaften eine Organisation zu machen, die abtrübselt von den Forderungen des Bergarbeiterverbandes, die, wie bekannt, auch die Forderungen der christlich organisierten Bergarbeiter sind. Das ist ein Eingeständnis, das unbegreiflich ist und das uns völlig die Taktik des christlichen Gewerkschaften bei den letzten Wahlen und früherer Wahlen läßt!!!

Eine nationale Arbeitervereinigung, eine gelbe Streikbrecherorganisation, soll der christliche Gewerkschaften werden!!!

Auf dem Wege dazu ist er ja schon. Es trifft also genau ein, was wir vorausgesagt haben!

Und die christlichen Gewerkschaftenmitglieder? Nun, diese sind verkauft und verraten! Für sie kann es keinen andern Weg mehr geben: Entweder sie kehren einer solchen Organisation in Scharen den Rücken oder sie jagen ihre Führer zum Teufel! Als drittes und letztes bliebe ihnen nur die Bildung der von der Regierung, von den Parteipolitikern und den Werkschreibern gewünschten gelben Organisation übrig. Christliche Bergarbeiter, wählt!

Zu dem Artikel in der „Rölnischen Zeitung“ nimmt A. Bogelsang, Sekretär des Gewerkschaften, in der „Rölnischen Volkszeitung“ (Nr. 803 vom 24. September) das Wort. Die Art, wie er es tut, gibt uns in unseren Anmerkungen zu dem Artikel der „Rölnischen Zeitung“ vollkommenen Recht. Kein Wort findet sich gegen die Behauptung der „R. Z.“, daß Regierung, Parteiführer und Industrielle bestrebt sind, aus dem christlichen Gewerkschaften eine gelbe Gewerkschaft mit dem ausschließlichen Zweck, dem Bergarbeiterverband und politisch der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Damit ist die gewerkschaftliche totale Verleumdung des christlichen Gewerkschaften festgestellt. Herr Bogelsang wehrt sich nur gegen einige Behauptungen, daß der Gewerkschaften allzu stark mit dem Verbande partiiert habe, das sei nur gelegentlich geschehen! Aus den Zeilen liest man heraus, daß so etwas nicht mehr vorkommen soll. Aber Karl Bogelsang sagt die Unwahrheit, wenn er erklärt, daß z. B. die Delegation des christlichen Gewerkschaften auf dem internationalen Kongress in London nicht für die Sympathieerklärung für die russischen Revolutionäre gewesen sei. Das ist wohl wahr! Ohne Vorbehalt und ohne Einschränkung haben die christlichen Delegierten für die Resolution gestimmt! Sie haben sich dessen nicht einmal zu schämen. Im Uebrigen war die „Rölnische Zeitung“ durch einen ihrer Berichterstatter in London vertreten, der seinem Organ über die Haltung der christlichen Delegation wahrheitsgemäß berichtet hat. Ebenso sind andere Stellen des Artikels Bogelsang unrichtig und unwahr dargestellt. Wir kommen auf ihn zurück. Wir müssen dem christlichen Sekretär aber dankbar sein, daß auch er mit dazu beigetragen hat, die Lage zu klären. Wir wissen, was wir vom Gewerkschaften haben.

Knappe“ und die übrigen christlich-zentrierten Organe in den letzten Jahren und ganz besonders sich im letzten Knappschaffskampf geleistet haben.

Verlogenheit, Hinterlist, Intoleranz, Rohheit, Denunziations-sucht! Das sind so die Tugenden, die jene Organe nun einmal auser, die in ihrem Firmenschild ungläublicherweise die Devise „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“ führen!

Brave Arbeiter, die redlich und treu für ihre Familien sorgen, sollen aus den Wohnungen und aus der Arbeit geworfen werden! Das ist echte Denunziation und echte Zentrumsart! In liebe Deute, wenn ihr Meinende schwört, wenn ihr Menschen erdolcht, euch an Kindern stüllich vergräbt, die Eltern verprügelt und sonstige Missetaten und Verbrechen ausführt, das kann euch alles vergeben werden. Seid ihr nur gute Zentrumsleute, dann wird man über alles das den Mantel der Liebe decken, kein Tröpflein Rinte wird vergossen werden. Aber wehe euch, wenn ihr hartgeknuften Bergarbeiter euch erdreist, wider den schwarzen Zentrumsstachel zu leiden, wenn ihr es wagt, die niederträchtigste und verlogenste Partei, die je die Sonne beschienen hat, gar zu bekämpfen, deren Väterpolitik nicht mitzumachen. Dann heißt es: Steint ins Elend, ins Unglück! Dann trifft euch die Denunziation, Hinterlist, jedwede Intoleranz des frommen Zentrumsgelehrten.

Die Aufforderung der „Glabbecker Zeitung“ reizt uns, uns mit der Haltung der Presse vor und während der Knappschaffswahl zu beschäftigen.

Als Brust nach den Knappschaffswahlen im Jahre 1904 entlassen wurde, da stellte sich heraus, daß er nicht aus freiem Ermessen heraus alle die Verleumdungen und Niederträchtigkeiten gegen den Verband geschleudert hatte. Ihm war ja das Geschäft, den Verband und dessen Führer wider besseres Wissen zu verleumden, von anderen übertragen worden! Brust selbst hat eingestanden, daß ihm von hohen Herren gesagt worden sei, daß er noch nicht scharf genug gegen den Verband geschrieben habe! Und doch hatte Brust so scharf geschrieben, daß ihm seine Kollegen attestierten, nur durch seine Scharfweise sei die Niederlage des Gewerkschaften bei den damaligen Knappschaffswahlen verschuldet worden. Tipp, Funke und Lichtenberg, alles Freunde von Brust, betonten auf der in Oberhausen stattgefundenen Geheimkonferenz des Gewerkschaften, daß Brust so geschrieben habe, daß an seinem Verstand gezweifelt werden müßte! Man stelle ihn als verrückt hin, als größenwahinnig, kurz und gut, als geistig nicht mehr normal!!!

Ob wir noch näher erfahren werden, wer die hohen Herren sind, wissen wir jetzt noch nicht. Aber eins wissen wir, daß diese „hohen Herren“ mit ihrer Aufhegungsarbeit unter den Bergleuten schon viel Unglück angestiftet haben. Die „hohen Herren“ sind Mitschuldige daran, daß es den Bergarbeitern heute so schlecht geht! Die hohen Herren, denen die schmutzige Kampfesweise eines Brust nicht einmal weit genug ging, sie sind es auch, die auch später die Einigkeit der Bergarbeiter verhindert haben, verhindern werden. Sie sind der Eckstein, an dem die Einheit der Bergarbeiter selbst in rein wirtschaftlichen Fragen zerfällt!

„Was gehen den Arbeitern die hohen Herren an!“ So rief der christliche Delegierte Neuf in Oberhausen aus. Er hatte recht. Den Arbeitern können diese hohen Herren nur schaden. Aber das ist ja der Zweck der Leugnung.

Auf der Konferenz wurde gesagt, daß Brust Schundartikel und Schandflugblätter geschrieben habe, so unerhört, daß man Brust schon längst und zwar ohne Pension hätte aus dem Gewerkschaften hinauswerfen müssen! Wenn die christlichen Bergarbeiter wüßten, so viel es weiter, was Brust alles angestellt habe und was im Gewerkschaften vorgegangen sei, dann würde kein Mensch im Gewerkschaften gelieben sein!!! Die „bösen Zentrumsbarone“ (sind das die hohen Herren?) hätten Brust verborgen und deshalb mit die skandalösen Zustände im Gewerkschaften herbeigeführt.

Aber nicht nur die „hohen Herren“ inspirierten Brust. Wer Brust unterstützt hat, das ist die Zentrumspresse gewesen. Vornehmlich in der „Tremonia“ konnte er seine Schundartikel unterbringen. Es war nicht mehr schön, wenn Brust und Lening (Verleger der „Tremonia“) eine Rolle drehten. So erklärte Lening, der christliche Delegat aus Dortmund, in der Konferenz. Damit steht fest, daß 1904 im Auftrag hoher Herren Brust und die Zentrumspresse in der ungeheuerlichsten Weise die Verleumdungsarbeit unter den Bergarbeitern betrieben haben. Und das ist inwiefern nicht besser, wie die jetzigen Wahlen beweisen, gar noch schlimmer geworden!

Der „Bergknappe“ ist in der hinter uns liegenden Knappschaffswahl in einer Weise redigiert worden, daß August Brust weit in den Schatten stellen muß. In Verleumdungen leistete Brust großes, aber zu solchen Fälschungen, wie Herr Imbusch sie geleistet hat im christlichen Gewerkschaftenorgan, dazu war Brust immer noch nicht imstande! Jede Nummer des „Bergknappen“ in den letzten Wochen vor der Knappschaffswahl ist eine Sammlung geflügelte und wider besseres Wissen aufgestellte Behauptungen veröffentlicht und breitgetreten. Man schüttelte sich förmlich vor Ekel, wenn man so etwas lesen mußte. Und diese Kampfesweise wurde noch am Tage der Wahl fortgesetzt. Ein Plakat jagte das andere. Jede Zeile, die von christlicher Hand an die Wände der Wahllokale gehangen wurde, war Lug und Trug. In diesem Tage, wie in den Wochen vorher, ist das wahre Christentum geschändet worden, wie in der Bergarbeiterbewegung kaum vorher. Und das durch die München-Glabbecker Bögelinge!

Mit dem „Bergknappen“ zusammen arbeitete die Zentrums-presse im Ruhrbecken genau wieder so, wie vor sechs Jahren: die „Tremonia“, die „Gelsenkirchener Zeitung“ und die „Eisener Volkszeitung“ und der „Volksfreund“ in Essen voran. Auf diese Organe paßte genau das, was der katholische Abgeordnete Siegl in Bayern gesagt hat: „Sie logen wie die Teufel und schwindelten aus Prinzip!“ Was im Gewerkschaftenbureau in Essen zusammengetragen und von dort aus an die Zentrumspresse gesandt wurde, das wurde von der letzteren gierig abgedruckt. Der gefälschte Heinrichsbrief, der Fall Rebies, die Stoppenberger Fälschung, der Fall Sued-Eisenmenger usw. sind Dokumente hierfür.

In der Zentrumspresse wurden die Verbändler als die „Schänder des Christentums“ hingestellt. Was soll man sagen, wenn eines der Zentrumsorgane („Neue Bochumer Volks-Zig.“ vom 16. September) sich zu folgenden Auslassungen verstieg:

„Rein christlicher Mann kann den sozialdemokratischen Verbändlern wählen. Jede Religion, ob katholisch oder evangelisch, wird von diesen Menschen geächtet, bis in den Schmutz der Gasse getreten. Nichts ist ihnen mehr heilig, Thron und Thier zu verachten, zu Revolutionen menschliche Mitglieder zu erziehen, die gewiß sind, eher heute als morgen die Fahne des Aufstiegs zu entfalten, das Vaterland zum Kampfsplatz entfesselter Leiden-schaften zu machen. Nicht vor der Heiligkeit der Gottes-häuser, nicht vor der Majestät des Königtums scheuen sie zurück, keine Familienbände sind diesen Menschen heilig usw.“

Wer das geschrieben hat, der hat in Wirklichkeit das Christentum unter die Füße genommen. Diese Darlegungen sind zu unerhört, als daß sie einer Antwort würdig wären. Gut ist, daß die katholischen und evangelischen Arbeiter jetzt selbst erleben können, ob alles das, was das Zentrumsblatt den jetzigen Wahlen anhängt, Wahrheit ist oder nicht! Die 299 Gewählten werden ja mit den christlichen Arbeitern nun näher in Verbindung treten. Und sie werden zeigen, wie wenig alles das, was da über die Verbändler geschrieben wurde, mit dem Christentum zu tun hat. Wie es überhaupt ein Skandal ist, die Religion in die Kampfarene der Knappschaffswahlen zu werfen! Nur wer die Religion für das schmutzige Gewerbe der Verleumdung und des Arbeiterverrats benutzen will, der kann so etwas schreiben, wie das Zentrumsorgan geschrieben hat. Wo hat die „Bergarbeiter-Zeitung“ die Religion in den Wahlkampf hineingezerrt?

So wie das Bochumer Organ, so ähnlich schrieben auch die „Gelsenkirchener Zeitung“, die „Tremonia“ und die übrigen Zentrumsorgane. Dem „Bergknappen“ und den Zentrumsorganen sekundierten die liberalen und die sogenannten unparteiischen Zeitungen des Ruhrbeckens. Auch diese sorgten entweder für Weiterverbreitung der christlich-zentrierten Schundartikel oder sie taten nichts, um den gemeinen Schwindelnotigen entgegenzuwirken. Nun, sie alle hatten sich ja liiert, um den Bergarbeiterverband zu bekämpfen und damit, wir sagen es nochmals den berechtigten Forderungen der Bergarbeiter im Knappschaffskampfe entgegenzuwirken. Auf alle diese Organe paßte mehr oder minder mit, was der große Agitator und Volksfreund Ferdinand Raffalle von ihnen zu sagen hatte.

Um des schönen Gewinnes willen vergiften sie alle Brunnen des Volksgeistes und aus tausend Röhren krezenden sie dem Volke den geistigen Tod. „Es ist das das höchste Verbrechen, das ich fassen kann“, sagt der Volkstribun und weiter fährt er aus, daß solche Zeitungen dem Volke tiefere Wunden schlagen als das itzende Heer der Soldaten, denn dieses hält doch nur durch äußere Gewalt das Volk zu Boden, die Presse aber bringt ihm die innere Fäulnis, vergiftet ihm Blut und Säfte.

### Die Presse und die Knappschaffswahlen.

Aus Gladbeck wird gemeldet, daß das dortige Zentrumsorgan, die „Glabbecker Zeitung“, die staatliche Grubenarbeiterung aufgefordert hat, die in den Kolonien wohnenden Verbändler auf die Straße zu jagen! Selbstverständlich haben die Verbändler auch die fiskalischen Werke dann zu verlassen und wenn möglich, können sie zu Ehren der Zentrums-partei auf irgend einem Platz in Gladbeck dem Scheiterhaufen überantwortet werden. Erst dann, wenn mittelalterlicher Scheiterhaufen-dampf den Nasenkittel befriedigt hat, scheint man sich in christlich-zentrierten Kreisen ruhig schlafen legen zu können.

Das Vorgehen der „Glabbecker Zeitung“ reißt sich würdig ihren früheren Taten an und auch den Taten, die der „Berg-

### Industrie und Arbeiter im Reiche des Mikado.

Von Chagrin.

VI.

(Nachdruck verboten.)

Ueber die Arbeiterbewegung in Japan.

(Schluß.)

Nun wird besonders viel über Gewerkschaften und Streiks in Japan geredet. Hier können die Beschreiber der japanischen Arbeiterbewegung die bagen Redensarten, die sie für die sozialistische Bewegung hatten, jedoch verwenden. Der Gewerkschaftsmann sieht lieber konkrete Zahlen als nebelhafte Größen. Diesem wird auch Rechnung getragen. Nur haben die Zahlen wenig Wahrheitsähnlichkeit. Für die Gewerkschaft der Lokomotivführer, die zu dem ehernen Bestand aller Berichte gehört, werden 7000 Mitglieder angegeben. Aber in ganz Japan sind nicht einmal ein Tausend Lokomotivführer. Wo auch sonst die Angabe von Zahlen nötig gehalten wird, sind sie verächtlich abgerundet.

Im Jahre 1907, dem großen Streikjahr, fanden 18 Streiks statt. Meistens wurde Lohnerhöhung gefordert. In zwei Fällen mit zusammen 900 Beteiligten konnte Erfolg gebucht werden. Ein besserer Ausgang der Streikbewegung konnte nicht erwartet werden, weil es nirgends eine Organisation oder eine Sache gab.

Der Friedensschluß mit China (1895) war eine neue Epoche für Japan. Seine Gründerperiode brach an. Das Geld, das China für Kriegsschadung hatte zahlen müssen, floß reichlich ins Volk. Sein Sieg hatte den kleinen braunen Mann in einen Freundesarmel gebracht und seinen ohnehin nicht geringen Nationalstolz gewaltig gefördert. Das Ziel seines Ehrgeizes, das England des Orients zu werden, stand glänzender, losender, leichter erreichbar vor ihm. Der glänzende Goldstrom ermöglichte die intensivere Verfolgung seiner Pläne. In die Verfassung der Militärstrafungen wurde mit größerem Eifer als je zuvor gegangen, neue Fabriken gebaut und alte vergrößert. Die Staatskasse wirtschaftete aus dem Vollen; die Unternehmern buchten gute Profite. Sie und da fiel auch etwas für die Arbeiter ab, d. h. sie erhielten einen Sen Mehrlohn, wenn sie sich allzu widerpenstig zeigten. Der gute Geschäftsgang ließ Unternehmern und Regierung die eiserne Faust hinter dem Rücken halten. Beide in goldiger Sonne, wie hätten sie da brutal sein können! Die Gründerperiode brachte Gelegenheit, die Arbeitskraft teurer zu verkaufen. Vielleicht angefleht von dem leichten Erfolg der Lokomotivführer der Nordbahn, rotteten sich die Arbeiter zusammen, stellten Forderungen und erfüllten sie auch hier und da bewilligt. Aus dieser Solidarität einer Stunde wurden — auf dem Papier — Gewerkschaften mit schwelenden Mitgliederzahlen, aus dem vereinzelt Erfolg späterer Aktionen, die die Gunst einer Gelegenheit ermöglicht, wurden große Siege.

Die Gründerperiode nahm ein jähes Ende. Damit war es auch mit dem freieren Lufte für die Arbeiter vorbei. Viele Gründungen verkrachten, die Arbeiterentlastungen mehrten sich und in noch viel stärkerem Maße mehrte sich die Brutalität der Unternehmern und der Regierung gegen die Arbeiter. Der vereinten Macht des Feindes sind

die Proletarier, mittellos, ratlos, unorganisiert wie sie sind, vollständig ohnmächtig. Sie schufen und leiben mit jener stöhnigen Ruhe, die ihrer Klasse eigen ist. Ist das Maß des Elends voll, ist ein Hungerstreik, ja selbst eine blutige Revolution da, wie in Äthiopien oder Bessah, wo die Soldateska sich neuen Vorbeeren holte. Wie diese Zustände entstehen einer sozialistischen Unterdrückung. Wer weiß, ob die Führer der beiden größten Streiks, die ich besuchte, das Wort Sozialismus oder Klassenbewußtsein jemals gehört hatten.

Nun sollten auch berufliche Vereinigungen, wenn auch keine modernen, bei den Bergleuten, Holzjägern usw. existieren. Alle meine Bemühungen, etwas mehr als bage Redensarten über sie zu erhalten, waren erfolglos. Ist das wenige, was ich darüber erfuhr, richtig, dann sind es liegeengeliebene Gieschalen der feudalen Junktzeit, die die Pflege des Reitergeistes der Reiche und Herren ermöglichen. Für die moderne Arbeiterbewegung sind sie eher ein Hindernis.

Nur von zwei Berufsvereinigungen, die in die neue Zeit passen, habe ich exakte Daten erhalten. Seit Oktober 1908 gibt es in Tokio und Yokohama zwei große Gewerkschaften der Schrift-führer der fremdsprachigen Zeitungen mit 220 und 96 Mitgliedern. Das mag ein versprechender Anfang einer Gewerkschaftsbewegung in Japan sein.

In dem trostlosen Stand der Arbeiterbewegung in Japan sind natürlich unsere paar Genossen unschuldig. Die drei oder vier Mann; die in Europa Sozialisten genannt werden können, haben unermesslich für ihre Ideale gearbeitet und gelitten. Aber selbst wenn sie ihre Anstrengungen verlaufendst hätten, sie hätten nennenswerte Erfolge nicht schaffen können. Denn die Vorbedingungen für eine sozialistische Bewegung sind in Japan noch nicht erfüllt. Auf einer Basis, wie sie das heutige Japan ist, kann wohl, wenn sonst die Gelegenheit günstig, einmal ein rotes Strohfeuer kurz aufblitzen, aber nicht der sozialistische Samen wirkungsvoll gedeihen; selbst wenn die moralischen und geistigen Eigenschaften der breiten Volksmasse günstiger wären und auch das politische Terrain dem proletarischen Fuß Halt gäbe, könnte eine Klassenbewußte Arbeiterbewegung nicht spritzen, weil ihr Träger, das industrielle Proletariat, noch ein unentwickeltes Säugling ist. Ohne ein bis zu einem bestimmten Grad entwickeltes Industrie-proletariat ist eine moderne Arbeiterbewegung undenkbar. Wie stehts nun mit diesem?

In der japanischen Industrie sind nach den letzten offiziellen Angaben 900 000 Personen beschäftigt. Davon sind gut 60 Prozent Frauen und Mädchen. Die letzteren sind für diese Betrachtung von vornherein auszuschließen, auch wenn sie alle erwachsene Frauen wären; denn die japanische Frau, deren Wille und Selbständigkeit durch eine jahrtausend lange Erziehung verkrüppelt, vernichtet worden ist, kann für eine Kampfgenossenschaft noch schwerlich in Frage kommen. So bleiben noch 360 000 männliche Arbeiter. Davon sind mindestens 100 000 jugendliche Arbeiter, zum Teil noch schulpflichtige Jungen, die auch ausgeschleift werden müssen. So bleiben noch 260 000 Mann, die als Träger der Bewegung in Betracht kommen können. Aber was will dieses Häuflein bedeuten gegen die vielen Millionen stockfesteren, bigotter Bauern? Und die numerische

Schwäche dieser industriellen Masse vermehrt sich noch bedeutend mehr, wenn der Charakter ihrer Glieder näher betrachtet wird.

Der Industriearbeiter von heute ist gestern noch auf der Scholle. Auf ihm lastet noch die Tradition: die Aeben, Bedürfnisse und Gefühle der Feudalzeit mit kaum vermindertem Schwere. Sein ist noch der Intellekt der einst quälte leibeneigenen Bauern. Mit dem Wechsel des Arbeitsplatzes wechseln nicht die Hirnzellen. Untermüßigkeit, Neid vor der Autorität, Aberglaube usw. beherrscht noch den Geist. Da, wo Phantastie ist, träumt sie von Geldentaten und Waffensiegen. Den 40 Monaten (fahrende Ritter), die für ihren (Feudal-)Herrn ohne Zaubern sich opferten, stehen tief im Volksgeist als Lebensideale patriotischer Jugend. Die Schulzeit ist gerade lang genug, die göttliche Abstammung des Mikado und das höchste Gebot, die Verehrung dieses Gottessohnes, einzuprägen und Nationalstolz und Chauvinismus zu züchten. Ein derartig geknechtetes Menschenmaterial ist unfähig sozialistisch zu denken. Aus der Schule werden gerade Schriftgelehrten genug für die konkreten Begriffe eines simplen Geistes mitgebracht, geschweige für die abstrakten, die notwendig sind, um sozialistische Ideen fassen zu können.

Neben der Schwierigkeit, sich der Masse zu nähern, hat die soziale Agitation auch in der Brutalität der Polizei ein solches Hindernis. Gätten die armen Teufel von Industrieelaben Mut und Kraft genug zu einem Versuch, das Joch abzuwickeln, die Polizei-faust würde sie rücksichtslos zerschmettern. Die Polizei ist stark organisiert, vollständig zentralisiert, der Militärkaste, die als Regierung wütet, blindlings ergeben und ist imstande, jede Bewegung des Proletariats zu beobachten und, wenn nötig, zu unterdrücken. Der Arbeiter, der seinen Unterdrückern entgegenträte, müßte Hungers sterben. Gegen diese reaktionäre Macht kann nur ein nicht chaotisch verblödetes, an Intelligenz, Mut, Kraft, Kraftbewußtsein und Zahl viel stärkeres Proletariat erfolgreich ankämpfen.

Wie die Dinge heute liegen, kann die Arbeiter-schaft allein nicht den Weg finden, der zur Freiheit führt. Begleitete Führer können ihr nur von außen kommen: vom geistigen Proletariat. Dieses ist zwar heute auch noch chaotisch verblödet und erwartet Heil von der Staatsstruppe. Teilweise erfüllt sich diese Erwartung. In Korea und Formosa, in der Verwaltung, der Post, dem Heer und der Marine werden noch fortgesetzt Graduierte verlangt, wenn auch lange nicht so viel, als die Hochschulen und Technitums jahrtausendjährig mit Kolddampf produzieren. Die beschäftigungslosen „Doktoren“, Ingenieure, Kaufleute usw. werden, wenn sie nicht verhungern wollen, in die Fabriken, in die Reihen des Industrie-proletariats treten müssen. Dieses kann sie so notwendig brauchen, als das Brot. Ihr Nachsehen an der Kultur des Westens hat ihre asiatische Bedürfnislosigkeit vermindert und ihre höhere Bildung befähigt sie, die gesellschaftlichen Zusammenhänge leichter zu erfassen. Der Erwerb von Kenntnissen, die nichts einbringen, wird sie zu Feinden dieses Staates und dieser Gesellschaftsordnung machen. Sie werden das Proletariat aufhühen, aufzurufen, zum Streite führen, bis es selbst für die Verwaltung seiner eigenen Sache mündig geworden ist.

Wort für Wort trifft das auf die Presse des Ruhrbeckens, die sich aus Saß gegen den Bergarbeiterverband wendete, zu, in erster Linie auf die Zentrumszeitungen. In Schmutz und Kot haben sie gewartet, unsere Gegner. Aber sie haben uns nichts an tun können, der Sieg ist dem Bergarbeiterverband geblieben.

Nichts hat genügt, um den Vormarsch des Bergarbeiterverbandes aufzuhalten. Aber damit darf es nicht genug sein: Die Bergarbeiter müssen Abrechnung halten mit jenen Zeitungen, die so schmutzig und niederträchtig sich verhalten haben. Die Bergarbeiter und vor allen Dingen unsere Verbandskameraden haben die Pflicht, die Presse, von der sie in ersten Kampfeszeiten so behandelt wurden, aus dem Hause zu werfen! Von der Stunde an, wo die Arbeiterkraft in Massen von dieser Sorte Presse abtrüdt, wird diese anständiger werden. Wer eine Tageszeitung lesen will, der gebe sein Geld für die Arbeiterpresse aus, die in dem schweren Kampfe zum Bergarbeiterverband stand und mit uns gemeinsam die Bergarbeiterfeinde zu Boden warf.

Darum, hinaus mit den arbeiterfeindlichen Zeitungen aus der Bergarbeiterwohnung! Unterstützt nicht diejenige Presse, Bergarbeiter, die euch ins Unglück führen und die in schweren Zeiten von euch abrüden, den Gegnern der Bergarbeiterforderungen aber ihre Unterstützung leihen. Auch ihr, Bergarbeiter, zeigt, daß ihr Ehre im Leibe habt!

## Sieger und Besiegte.

Mit den zu Ende gegangenen bergmännischen Wahlen liegen heute Tage der Arbeit und Mühen hinter uns. Nicht nur für uns, nein, für alle, die an den Wahlkämpfen teilgenommen haben. Allgemein hört man sagen, daß die Ruhrbergarbeiter-schaft einen Kampf, wie er besonders um die Eroberung der Kleinsten tobt, noch nicht erlebt hat. Und es wird gewiß noch sehr lange dauern, ehe sich die Erregung, die der Knappschafst-wahlkampf ausgelöst hat, gelegt haben wird.

Nun ist die Schlacht geschlagen. Es gibt Sieger und Besiegte. Daß der Bergarbeiterverband seine Gegner bei den Wahlen in den Sand strecken würde, darüber haben wir vor der Wahl keinen Zweifel gelassen. Wir kennen unsere Kameraden in den Revieren, die Alten wie die Jungen. Wir wissen auch, wenn der Ruf an sie ergeht, sich um die Fahne des Bergarbeiterverbandes zu scharen, um den Anschlägen der Arbeiterfeinde oder der Feinde des Verbandes überhaupt zu begegnen, daß unsere Kameraden auf dem Platze sind. Ein gewaltiges, geschlossenes und trotziges Heer!

Wir mußten siegen! Wäre es anders, die Bergarbeiter, die Wäter, hätten sich schämen müssen, vor ihre Kinder zu treten. Verlor der Verband die Schlacht am 17. September, dann wären ja alle die Opfer, die im Laufe der Jahrzehnte um die Knappschafstreform gebracht wurden, umsonst gebracht. Der Boden für eine Niederlage des Verbandes war, wie die Dinge heute liegen, erst dann vorhanden gewesen, wenn die Bergarbeiter im Ruhrbecken ihre Geschichte negiert hätten.

Soweit die letzten zwei Jahrzehnte in Frage kommen, da hat der Bergarbeiterverband in Kampf um die Knappschafstrechte im Vordergrund gestanden. Und dadurch hat er sich das Ver-trauen unter den Bergarbeitern erworben, wie es am 17. Sep-tember zum Ausdruck kam. Einzig die fortgesetzte, einwärts- und mühevoll vertretung der Bergarbeiter im Bochumer Knappschafstverein brachte dem Bergarbeiterverband den Sieg!

Und die Besiegten? Warum sie geschlagen auf dem Schlachtfeld liegen? Sehr einfach. Sie haben im Laufe der letzten Jahre Verrat an Verrat an den Bergarbeitern begangen, im ge-lindesten Sinne in Arbeiterfragen stets eine schwankende Hal-tung eingenommen, eine Haltung, die ihre „Arbeitervertretung“ bis zum Zerbröckeln karikierte. Viel zu groß noch ist die Zahl der Bergarbeiter, die solches leider noch nicht erkannt haben und die hingehen am 17. September, um sich selbst Feilsen an ihrer Unterdrückung zu schmeiden und anzulegen. Aber zum Glück sind diese Leute in der Ruhrbergarbeiter-schaft nicht mehr die ausschlaggebende Macht.

Die totale Unfähigkeit der christlichen Gewerkeverei-nigung, sich der Geschichte und den Bergarbeitern anzupassen, Notwendigkeiten zu berücksichtigen, berechnete Forderungen der Bergarbeiter klar und zielbewußt zu vertreten, hat ihr, trotz der von ihr eingeleiteten „Sammelpolitik“, die Niederlage bereitet. Und weiter hat zu dieser Niederlage beigetragen die skrupellose Verleumdungskampagne, die sie seit Jahren gegen den Verband führt und die sich im Knappschafstwahlkampf aufs höchste stei-gerte. Wir sind nicht feinfühlig, dazu ist das Leben, sind die Kämpfe zu rauh und hart. Im Knappschafstwahlkampf ist auch von uns nicht Rimonde verzagt worden, aber wovon wir uns tr e i s p r e c h e n können, ist, daß wir in Verleumdungen unsere Gegner kritischen wollten! Der Kampf liegt hinter uns. Wir haben losgeschlagen, wo es nötig war, und uns auch mit aller Schärfe gewehrt. Aber wir haben keine Waffen gebraucht, deren wir uns zu schämen hätten. Aus Schmutz und Moder heraus haben wir keine Mandate zu retten versucht. Das aber hat der Bergarbeiterverein getan.

Was an Verleumdungen der Gewerkeverein, sein Organ und seine Agitatoren geleistet haben, ist in allzu frischer Erinnerung. Der Heiratsbrief, der Fall Medies, der Fall Faust, der gefälschte Stoppberger Brief, die Verächtlichmachung Aufderstrasses — das sind Schanddenkmäler für den christlichen Gewerkeverein, die um je mehr von Schmutz triefen, als sie durch die Verleum-dungen christlicher Agitatoren in den Versammlungen ergänzt wurden. Allen voran verleumdete Redakteur Juchacz, dann Albenich, der sich nicht schämte, der Verbandsführung vorzu-weisen, daß sie sich mit den Arbeiterinnen auf dem Verbands-bureau geschlechtlich abgaben. So ist es gekommen, daß der Ge-werkeverein heute nicht nur vor einem Trümmerhaufen steht, nein, auch vor einem Dreckschiff, den er sich selbst zusammengeleckt hat und den er jetzt fortzuziehen muß. Die nächsten Monate werden die christlichen Herrschaften vor den Gerichten stehen, wovon sie in den letzten Jahren nicht mehr heruntergekommen sind. Der Gewerkeverein hat ja Geld, für Streiks und Lohnbewegungen gibt er ja kaum noch etwas aus, also können die Arbeitergrößen verurteilt werden in Prozessen, die sich christliche Gewerkeführer in ihrer unwiderstehlichen Verleumdungssucht an den Hals schafften!!!

Schließlich hat zu der Niederlage beigetragen die Verbrü-derung des Gewerkevereins mit den Zechen. Ja, nach näherer Forschung ist es falsch, im Wahrscheinlich den Zechen sieben Man-date zuzurechnen. Von diesen sieben Mandaten sind die meisten dem z e c h e n g e w e r k e v e r e i n l i c h e n M i t g l i e d e r z u z u-schreiben, wie das ja auch die K n a p p s c h a f t s v e r w a l t u n g getan hat! Wir werden ja auch die Kampfesgemeinschaft der natürlichen Bekämpfer der Bergarbeiter mit der größten christ-lichen Gewerke-schaft an einer anderen Stelle noch näher würdigen. Es genügt hier, festzustellen, daß diese Verbrüderung auch mit dazu beigetragen hat, daß sich der Gewerkeverein christlicher Berg-arbeiter am Boden windet. Die Schluppe, die sich diese Arbeiter-organisation bei den beiden Wahlen im Ruhrbecken geholt hat, wird sie niemals überwinden.

Mit den Arbeiterfeinden Sand in Sand, ausgerüstet mit den schmutzigsten Geschossen der Hinterlist und Ver-leumdung, die er noch in den letzten Stunden der Wahl gegen

den Verband geworfen hat, so stand der Gewerkeverein dem Ver-bande gegenüber. Der Gewerkeverein ist geschlagen worden. Mit reinem Schilde setzten wir dem Besiegten den Fuß auf die Brust.

## Knappschafstliches aus einer „Domäne des alten Verbandes“.

Den Verband zu verleumben und zu verächtlichen, ist von jeher das Geschäft des „christlichen“ „Zechenknappen“ gewesen und darin übertrifft er heute an Gemeinheit und Verlogenheit die gelben Blätter, wie der „Bergbote“ in Gelsen und der von Gustav Ermerz inspierte „Feierabend“ in Waldenburg, bei weitem. Der „Feierabend“, der „Bergbote“ und der in Saarbrücken erscheinende „Bergmannsfreund“ sind ausgesprochene Unternehmerrblätter, die jede Gewerkschaftsrichtung bekämpfen, den Streik verwerfen und nur Kollektoren den „Vorgebern“ singen, jeden Gewerkschaftsbeamten einen „Pöbel“ nennen, während der „Zechenknappe“ eine Organisation vertritt, die ihre Stochkraft gegen das „Votgeberrtum“ zu richten angibt, die zwar von uns „getrennt marschieren“, aber „vereint schlagen“ will. Der „Zechenknappe“, der nebenbei so oft betont, wirtschaftlich dieselben Forderungen zu vertreten wie auch der Verband, mühte, wenn das wahr wäre, in uns Bundesgenossen zu sein, zum mindesten mühte er uns näher stehen, als der von einem Führer der Gelben, Gustav Ermerz, geleitete „Feierabend“, der alle gewerkschaftlichen Forderungen bekämpft und doch ist der „Feierabend“ uns gegenüber das anständigere Blatt. Der vorletzte „Zechenknappe“ beginnt mit einem so gemeinen Gedicht, daß die Reichslügenverbandspresse es zu bringen sich schämen würde und dann reißt sich vom Gedicht bis zum Schluß Gemeinheit und Bosheit aneinander, wobei mit bewußter Ver-logenheit der Verband verächtlich wird.

So bringt der „Zechenknappe“ unter obiger Überschrift aus dem Karlinger Knappschafstverein — Lothringen — eine Gegenüberstellung der Pensionsätze nach dem Statut von 1890 und demjenigen von 1908, die bedauerlicherweise niedriger sind, rechnet aus, was das in 10 Jahren ausmacht und gibt die Höhe der Summe dann als Schädigung der Knappschafstmitglieder an, aber anstatt Kritik an demjenigen zu üben, welche diese Schädigung beklagen haben, stellt er es in verlogener Demagogik so hin, als sei der Verband hieran schuld. Dann schreibt er weiter:

„Auf der Grube Saar und Mosel, für deren Verlegung der Knappschafstverein befehlt, dominiert ausschließlich der sozialdemo-kratistische Verband. Es ist dem Gewerkeverein fast unmöglich, in den Hauptortschaften öffentliche Versammlungen abzuhalten, weil sie von den Genossen gestört oder gestoppt werden. Solche einzig dastehenden Versammlungen wurden eingeführt, ohne daß der sozialdemo-kratistische Verband auch nur einen Finger rührte. Mit keinem Wort ist von demselben auch nur auf sie hingedeutet worden. Bergarbeiter, zieht aus vorstellendem die richtige Lehre und gebt am 17. September keinem Kandidaten des sozialdemokratischen Verbandes eure Stimme.“

Demgegenüber stellen wir fest, daß bisher noch nie ein Verbändler Knappschafstblätter im Karlinger Knappschafstverein gewesen ist, son-derer ausnahmslos waren es starke Zentrumsmänner, die das Statut veränderten, den Kameraden den Schaden zugefügt und das Wahlrecht so verknüpft haben, daß weder der Verband noch der Bergarbeiterverein in den Vorstand hineinkommen können. Zum Velleisten kann gewählt werden:

altes Statut.		neues Statut.	
Zum Knappschafstältesten kann jedes unbescholtene Vereinsmitglied gewählt werden, das 30 Jahre alt, des Lesens, Schreibens und Rechnens kundig ist und keine andere Pro-fession als die eines Arbeiters oder Bergmanns der Gesellschaft hat, also nicht gleichzeitig Krämer, Wirt, Metzger, Schneider usw. ist.		Zum Knappschafstältesten kann jedes unbescholtene, auf den Werken der Saar-Mosel Berg-verlegewerkschaft in Arbeit stehendes Vereinsmitglied, welches mindestens zehn Jahre ununterbrochen dem Knappschafstverein als aktives Mit-glied angehört, wenn es 30 Jahre, von deutscher Reichs-angehörigkeit, der deutschen Sprache, des Lesens, Schreibens und Rechnens kundig ist“ und so weiter.	

Zentrumsanhänger, die beim Streik von 1907 wie auch 1908 den Streikbrecher machten, haben die Pensionsätze herabgesetzt, die nach dem „Zechenknappen“ folgende sind:

Es würde die Pension der Witwe betragen:

Bei einer Dienstzeit von Jahren	Ohne die einschränkenden Bestimmungen		Auf Grund des neuen Statuts beträgt sie		Direkte Schädigung auf 10 Jahre
	pro Monat	pro Jahr	pro Monat	pro Jahr	
5	5,00	67,20	4,20	50,40	176,00
10	9,35	112,20	7,00	84,00	282,00
15	14,00	168,00	10,50	126,00	420,00
20	18,70	223,92	14,00	168,00	559,20
25	23,35	280,20	17,50	210,00	702,00
30	28,00	336,00	21,00	252,00	840,00

(Zur Berechnung des Ergebnisses wurden die in der Arbeiter-Klasse I vorgezeichneten Pensionsätze genommen.)

Es erhält eine Witwe mit vier Kindern nach dem Tode des Man-nes einschließlich Witwenrente und Erziehungsbeihilfe bei einer

Dienstzeit von Jahren	Ohne die einschränkenden Bestimmungen		Auf Grund des neuen Statuts erhält sie		Gesamt-schädigung bzw. Ver-schlechterung in Jahren
	pro Monat	pro Jahr	pro Monat	pro Jahr	
3	26,80	321,80	4,20	50,40	271,40
5	29,35	352,10	7,00	84,00	268,10
10	33,32	399,84	14,00	168,00	231,84
15	38,00	456,00	21,00	252,00	204,00
20	42,66	511,92	28,00	336,00	175,92
25	47,20	566,40	35,00	420,00	146,40
30	52,00	624,00	42,00	504,00	120,00

Nochmals: Diese Schädigung haben keine Verbändler, sondern wackelige Zentrumsanhänger beschlossen und damit es dem Verband nicht so schnell gelingen soll, diese Schädigung wieder rückgängig zu machen, raubte man mehr als 1/2 der Gesamtbelegschaft das passive Wahlrecht! Erläutert ist der Belegschaftswechsel — der mehrfach jährlich 100 Prozent ausmacht — so stark, daß man mit der Diogeneslaterne kaum einen Bergmann herausfindet, der zehn Jahre dort ununter-brochen arbeitet, dann besteht fast ein Drittel der Belegschaft aus Aus-ländern, meistens Oesterreichern, von denen keiner gewählt werden kann. Das alles weiß der Artikel-schreiber, aber dennoch sucht er nach Art verlogener Demagogen den Verband für die Sünden der Zentrums-anhänger verantwortlich zu machen. Er weiß jedenfalls auch, daß der Verband bei Schaffung dieses Statuts Abänderungs- und Ver-besserungsanträge eingereicht hat, die jedoch von den Zent-rums-christen aus Prinzip nicht beachtet wurden, wie ebenfalls die Belegschaften aus Prinzip gegen die Anträge der Verbandsältesten stimmten. Schließlich hat die Belegschaft sich noch an das Bergamt gewandt, dem verknüpften Statut die Genehmigung zu verweigern, alles ohne Erfolg. Und da wagt ein gelber Schmutzkünstler uns in die Schuhe zu schieben, was keine Genannungsgegenstände verurteilt haben!! Höher geht Niedertracht und Gemeinheit nicht mehr.

Wollten wir mit solchen niederträchtigen Mitteln kämpfen, könnten wir aus den Domänen des Bergarbeitervereins noch ganz andere, viel elendere Verhältnisse aufzählen. Der Weinerthager Knappschafst-verein, dort, wo der Bergarbeiterverein seit Jahren immer „geleitet“ hat, wahlte erst nach 30jähriger Mitgliedschaft monatlich 5 Mk. Pension! Wir wollen aber ehrlich zugehen, daß der Bergarbeiterverein daran unschuldig ist.

Unwahr ist es auch, daß der Bergarbeiterverein in den Hauptorten des Karlinger Knappschafstvereinsgebiete keine Versammlungen ab-halten könne. Im Werlenbach steht ihm derselbe Saal, in dem wir tagen, ebenfalls offen und nie ist von unserer Seite auf den Wert ein-gewirkt worden, den Zechenchristen den Saal nicht zu geben. Auch in Spittel, wo wir kein Lokal haben, stehen den Zechenchristen mehrere Säle offen. Allerdings wollen die lothringischen Kameraden nichts

mehr vom christlichen Bergarbeiterverein wissen, weil er beim Streik die versprochene Streikunterstützung nicht geschickt und heute noch ka-meraderhaft sind, denen er die Gewerkschaftsunterstützung schuldig ist! Solange der Bergarbeiterverein den Kameraden nicht einmal die statutarische Unterstützung auszahlt, braucht er sich nicht zu wundern, wenn die Kameraden nichts mehr von ihm wissen wollen.

## Berggesetzgebung und -Verwaltung.

### Eisenbahntransportgefährdung.

Uns wird geschrieben: Nach jedem Eisenbahnunfall werden allerorts die berechtigten Rufe nach einer Vermehrung der Betriebs-sicherheit auf den Staatseisenbahnen laut und niemals fehlt es an beschwichtigenden Versprechungen. Kom-missionen treten zusammen, um über neue Mittel und Wege zur Er-höhung der Sicherheit des Verkehrs zu beraten, aber auf das nachstehend Geschilderte ist bis heute felsamer Weise noch niemand gekommen.

Die Inhaber von Privatanschlüssen an die Staatseisenbahnen sind verpflichtet, jede in ihren Betrieben vorzunehmende Beschädigung von Staatsbahnwagen der Aufsichtsbekörderung anzuzeigen, damit diese in der Lage ist, solche Waggons auf ihre unzureichende Betriebs-sicherheit und Tragfähigkeit nachzuprüfen. Die Kosten dieser Nachprüfung hat der Anschlussinhaber zu tragen, ebenso geben die von der Staatsbahn vor-zunehmenden erforderlichen Reparaturen zu seinen Lasten.

Um nun dieser unerwünschten Geldausgabe, welche unter Umständen ganz beträchtlich sein kann, zu entgehen, ist es auf verschiedensten Stein- und Kohlenbahnen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes Gebrauch, in ihren Betrieben vorkommende Entgleisungen, Zusammenstöße usw. nach Möglichkeit zu verschweigen und eingetretene Beschädigungen der Waggons in eigener Werkstatt zu reparieren. Hieron darf die Staatsbahnver-waltung natürlich keinen Wind bekommen und somit werden die reparatur-behörigen Waggons insgeheim in den Lokomotivschuppen oder an eine sonstige vor unzureichender Leberanspruch durch die Aufsichtsbekörderung sichere Stelle gebracht und dort etwa gebrochene Federn geflickt, zerstellte Brem-svorrichtungen erneuert, verbogene Achsen gerichtet usw. Diese Reparaturen müssen beschleunigt werden, weil die Erhebung des Wagenstandgrades droht, wenn die betreffenden Waggons nach der festgesetzten Beladungs-freist nicht wieder in den Betrieb der Staatsbahn zurückgelangt sind. Aus diesem Grunde werden die Reparaturen mit staunenswerter Eile ausgeführt, stichtbare Flüssigkeiten durch Heberpumpen oder Anwerfen von Staub und Sand verdeckt, die Waggons beladen (auch unstatthaft) und so wieder in den Verkehr gebracht.

Wer übernimmt die Verantwortung dafür, daß die Reparaturen auch sachgemäß ausgeführt werden und wer garantiert für die Betriebs-sicherheit solcher Waggons? ... Niemand! Die Staatsbahnverwaltung, ist ahnungslos, die Zeche froh, daß sie den gestiegenen Wagen ohne be-sondere Weiterungen und Kosten los wird, der Wagen rollt ins Land und während hohe Kommissionen über neue Mittel und Wege zur Er-höhung der Verkehrssicherheit beraten, bricht er wegen überleiteter, mangel-hafter Reparatur irgendwo, weitab von der Herkunftstation, zusammen, wirft den Zug, welchen er eingeleitet wurde, um und die hohe Kom-mission steht kopfschüttelnd, verständnislos vor den Trümmern, vielleicht sogar vor vernichteten Menschenleben.

Eine derartige Umgehung berechtigter Vorschriften stellt doch wohl eine ganz infame Transportgefährdung dar. Wenn auf allen Berg-werken, auf allen Privatanschlüssen so verfahren würde, kämen viele hundert Waggons, welche nicht allein im Inlande, sondern auch in den Nachbarstaaten laufen, in Verdrast und die Untersuchungskommissionen hätten die Lösung für jene Missetat, die ihnen mangelklare Eisenbahn-unfälle aufgeben, gefunden.

Ungeklärt dieser Tatsachen darf man sich wohl für berechtigt halten, der Staatsbahnverwaltung eine entsprechende Verschärfung der Aufsicht und der Bergbehörde eine sorgfältige Auswahl des von ihr zu-verpflichteten Personals der Zechenaufsicht dringend anheimzugeben; damit dieser verantwortlichen Methode, welche am letzten Ende dazu dient, bedeutende Materialschäden hervorzurufen oder überflüssige Bevölkerung aus dem Wege zu räumen, ein Ende gemacht wird. („Phönix“).

## Zur Reform der Berginspektion.

Wie es mit der Betriebssicherheit in den Gruben vielfach bestellt ist.

zeigte ein Prozeß, der am Donnerstag, den 22. September, vor der vierten Zivilkammer des Dortmunder Landgerichts verhandelt wurde. Der Steiger Klein klagte gegen die Zeche Glück-Auf-Segen wegen Gehaltsforderung und auf Auslösung eines ordnungsmäßigen Zeugnisses. Klein ist ohne Kündigung entlassen. Er behauptet, daß seine Entlassung deshalb erfolgt sei, weil er fortgesetzt die vielfachen Missetaten im Grubenbetriebe gerügt habe und ferner stets auf die Beobachtung der berggesetzlichen Vorschriften dränge. Hierdurch habe er sich bei der Zecheverwaltung mißliebiger gemacht, er sei deshalb schließlich entlassen und ferner auch in dem erstarrten Zeugnis als ein Kerl, der nicht taugt, gekennzeichnet. Zur Begründung der Klage machte der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Dr. Schüd-ing, im einzelnen geltend: Zunächst habe die Zeche Herrn Klein gegenüber infolgedessen nicht Wort gehalten, als er in seinen Bezügen schlechter ge-festellt wurde, als vereinbart war. Der ausbedungene freie Hausbrand sei dem Kläger verweigert, anstatt 200 Mk. Gratifikation habe er nur 85 Mk. zu Weihnachten erhalten. Auch bei der Mietschuldenszahlung sei der Kläger zu kurz gekommen. Abgesehen von diesen Ausstellungen, habe ganz besonders die Art des Betriebes zu fortgesetzten Differenzen geführt. Ende 1909 sei fast zwei Monate hindurch ein Elektromotor, des Luftkompressors defekt gewesen. Es hätte deshalb keine Verfahr-berge gezogen werden können. Dester sei es vorgekommen, daß in ver-schiedenen Steigerrevieren, die sämtlich dem Fahrsteiger Lechter-mann unterstellt seien, einzelne Betriebspunkte zu Bruch gegangen seien, weil Lechtermann angeordnet habe, daß statt Berge zu verfahren, Kohlen gefördert werden müßten! Das Zurückgehen der Betriebe sei an den betreffenden Steigern dadurch gescheitert, daß man ihnen die Gratifikation entzog. Sehr oft hätten keine Berge verfahren werden können, weil keine Druckluft vorhanden war. Wenn der Kläger auf Erfüllung der vertragmäßigen Zusagen bestanden habe, dann habe der Direktor geantwortet: „Sie müssen mehr fördern.“ Es sei späterhin öfter vorgekommen, daß überhaupt keine Druckluft vor-handen gewesen sei. Wegen eines durch die Zecheverwaltung ver-ursachten Wagenmangels hätten die Vergleute oft nur eine halbe Schicht arbeiten können. Als der Kläger später vor einem andern Be-triebspunkt mit einer Rutsche gearbeitet habe, hätte er kaum fördern können, weil es gänglich an Verfahrbergen fehlte. Beim Verfahren der Grube habe der Direktor dann zu dem Steiger gesagt: „Herr Klein, was ich Ihnen sagen wollte, das will ich Ihnen nicht vor allen Leuten sagen. Also ich sehe noch zehn Tage zu. Wenn Sie denn Ihren Soll nicht fördern, können Sie zu Hause bleiben!“ Die Aufsicht im Betriebe der Zeche habe ferner den Vorschriften des Allgemeinen Bergge-setzes absolut nicht entsprochen. Der Kläger habe lange Zeit deshalb täglich 14 Stunden in der Grube bleiben müssen. Immer wieder habe der Steiger Klein auf Beseitigung der Mängel gedrängt. Deshalb sei dann auch ganz allgemein das Gerücht gegangen, daß der Kläger entlassen werden würde. Die Betriebszustände seien schließlich so be-denklich gewesen, daß der Kläger einen schriftlichen Bericht erstattet habe und für seine Person wegen der mangelnden Aufsicht jede Ver-antwortung ablehnte. Dies sei ihm von dem Direktor Schröder sehr übel genommen und aus allen diesen Gründen habe die Zechever-waltung nach einem Entlassungsgrund geradezu gestrichelt. Entlassungen von Beamten seien aber auf Zeche Glück-Auf-Segen auch gar nichts neues. Innerhalb Jahresfrist (vom September 1909 bis September 1910) seien auf Zeche Glück-Auf-Segen entlassen: zwei Betriebsführer, ein Maschinenführer, ein Steiger und zwei Aufseher ohne Kündigung, und fünf Steiger mit Kündigung. Alle diese Steiger seien dem Fahr-steiger Lechtermann unterstellt gewesen und keiner von ihnen habe bis jetzt eine Stelle im Grubenbetriebe gefunden. Die hier von Betroffenen führen dies darauf zurück, daß sie durch eine bestimmte Wortwendung im Zeugnis als mißliebige Beamte gekennzeichnet seien. Zur Gegen-satz zu anderen Steigern seien die Zeugnisse der mißliebigen Steiger so gefaßt: „Herr N. N. ist mit Klei-bemüßig gewesen.“ So-bald man bei Bewerbungen diesen Passus gelesen habe, sei von den betreffenden Zechen erklärt worden, daß der betreffende Steiger nicht eingestellt werden könne. Alle von Glück-Auf-Segen entlassenen Steiger hätten sich sehr intensiv um eine Stellung beworben, jedoch ohne den mindesten Erfolg. Der Vertreter der Zeche bestritt diese Ausführungen ganz allgemein. Herr Klein hat indessen für die Wichtigkeit seiner Behauptungen Beweis durch eine ganze Anzahl Zeugen an. Das Ge-richt beschloß, Beweise zu erheben.

### Internationale Rundschau.

#### Zinterlager im äußersten Osten von Russisch-Asien.

Das Obertens Boden ganz ungeheure Schätze birgt, ist bekannt; die mangelhaften Transportverhältnisse in Verbindung mit einem denkbar ungünstigen Klima haben aber bis jetzt den Bergbau hintangehalten. Das ändert sich jedoch mehr und mehr, und man hat schon in der Gegenwart stark mit der sibirischen Konkurrenz zu rechnen. Im Ussuri-Gebiet, etwa 480 Kilometer nordöstlich von Wladivostok, 46 Kilometer vom Meer entfernt, ist neuerdings eine Zintergrube von der Bergbau-Vereinsgesellschaft Tokju Choo in Betrieb genommen worden, deren Ausbeute soeben auf dem europäischen Markt erscheint. Gewonnen wird ein besonders hochwertiges Zinter, der Zinterpat, auch Galmel genannt. Der Zinterpat ist eine zinkhaltige Verbindung des Zinks im Gegenstand zur Zinkblende, die eine Schwefelverbindung darstellt. Bereits in den Vorjahren entdeckte man in der Spätkohle, meist von ehemaligen Schmelz-Strahlungen befallenen Gegend verschiedene in Kalkstein eingebettete Lager von Zinkpat, der mit Zinkblende eng vermischt war; aber diese Fremde hätten einen rationalen Bergwerkbetrieb nicht gekostet. Erst jüngst hat man nun umwelts davon immer größere Zinterlager aufgeschlossen, die den ganzen Vergzug zu durchziehen scheinen und äußerst leicht im Abgang zu gewinnen sind. Das Erz ist so hochprozentig, daß ohne weitere Verarbeitung exportfähig ist; es enthält 48 bis 68 Prozent. Die Ausbeute betrug im Jahre 1900 bereits rund 25 000 To. (gleich 1 1/2 Millionen Pud), und die gegenwärtige Produktion beläuft sich auf über 500 To. wöchentlich, während durch Anlage eines Abbaustollens gegen 80 000 To. Erz für den Abbau vorbereitet sind. Ferner sind bei der näheren Untersuchung der Umgebung sehr reiche Kupfer- und Silbererzlager festgestellt worden, jedoch ist wohl, da mittlerweile eine Bahn bis zur Mine angelegt worden ist, hier ein reger Bergwerkbetrieb entwickelt wird.

### Knappschäftliches.

#### Vorstandssitzung des Allgemeinen Knappschäftsvereins zu Bochum am 15. September 1910.

Den Vorstandsstellen war eine Liste gegangen zwecks Benennung des zukünftigen Jahres. Demzufolge wird die Vertretung wie folgt sein: 1. Dehler (ordentliches Mitglied), Bernthsen-Holtz (Ersatzmann), 2. Schwarz (o. M.), Wallbruch-Giesinghofen (Ers.), 3. Gehlbrunn (o. M.), Wallrich-Oberhausen (Ers.), 4. Krämer (o. M.), Blasse-Obermann (Ers.), 5. Fischer (o. M.), Langer-Duisburg-Beck (Ers.), 6. Jungesblut (o. M.), Hinkel-Gelsenkirchen (Ers.), 7. Fischer (o. M.), Kruse-Reiberich (Ers.), 8. Beng (o. M.), Grohtrücker-Giesel (Ers.), 9. Klare (o. M.), Bartoch-Essen (Ers.), 10. Kaiser (o. M.), Sander-Stappenberg (Ers.), 11. Horn (o. M.), Weckerling-Bradell (Ers.), 12. Widjunn (o. M.), Schirer-Aßeln (Ers.), 13. Keuper (o. M.), Scheele-Königsborn (Ers.), 14. Heinrich (o. M.), Leudel-Altenberne (Ers.), 15. Rink (o. M.), Sunde-Ebing (Ers.). Von 1-5 sind gewählt bis 1912, von 6-10 bis 1914, von 11-15 bis 1916.

Auf Vorschlag des Kuratoriums wird Dr. Hermjohannrecht für den verstorbenen Dr. Wödenhoff gewählt.

Dr. Klein-Altenessen wird wegen Gesundheitsrückfällen von seinem Vertrage entbunden und zum Nachfolger Dr. Wendt bestimmt. Der Erhöhung des Honorars des Dr. Zueb in Bochen auf 6 Mt. wird zugestimmt, jedoch soll eine Verringerung eintreten, wenn die Mitgliederzahl den Stand von 300 erreicht hat.

Am 15. Juli d. J. wurde die Anstalt in Wolmarstein durch die Kommission revidiert. Nachstehende Beschwerden der Mitglieder werden seitens des Verwalters Dehler vorgebracht:

Die Waschlagerstätte ist nicht ausreichend. Die oberen neben den Schlafräumen liegenden Waschräume seien geschlossen, die unteren Waschräume seien aber sehr beschrankt.

Der Ehearzt teilt mit, daß auch in der Badeeinrichtung selbst Waschlagerstätten vorhanden sei. Die Badeeinrichtung sei am Tage geöffnet, nur wenn der Badewärter zum Essen gehe, werde sie geschlossen.

Die Kommission überzeugt sich, daß die Schaffung weiterer Waschlagerstätten notwendig ist und sie schlägt vor, neben der Badeeinrichtung einige der Waschlagerstätten anzubringen.

Ueber die Reinigung der schmutzigen Leibwäsche bestimme, Unzufriedenheit.

Der Ehearzt äußert sich dahin, daß die Pflegerlinge für 8-4 Wochen Wäsche mitbringen sollten; vielfach geschehe das nicht und dann würde die Wäsche auf Wunsch der Pflegerlinge durch die Anstalt gereinigt. Notwendig sei nur, daß die Pflegerlinge die Wäsche abgeben.

Die Messer und Gabeln werden nach dem Scheitern nicht genügend gereinigt.

Die Kommission überzeugte sich später durch Versuche, daß die Messer und Gabeln durchaus sauber waren.

Die Pflegerlinge würden verschiedentlich des Nachmittags entlassen, auf dem Entlassungsschein aber der nächste Tag als Entlassungstag bezeichnet.

Der Ehearzt weist darauf hin, daß während seiner Verurteilung der Vertreter auf Wunsch einiger Pflegerlinge so verfahren haben. Der Vertreter habe den Pflegerlingen entgegenkommen wollen, damit sie für den nächsten Tag noch das Kranfengeld beziehen könnten. Die Pflegerlinge hätten geäußert, sie könnten an dem Tag der Entlassung selbst den Arzt nicht mehr aufsuchen. Die Pflegerlinge hätten für diesen Tag als beurlaubt gegolten. Das Verfahren sei aber eingestellt und die Entlassung würde nunmehr ausgesprochen für den Tag, an dem wirklich die Abreise erfolge, gleichgültig, ob die Pflegerlinge den Arzt an diesem Tage noch aufsuchen könnten oder nicht. Die Kommission erklärt sich hiermit einverstanden, doch soll die Anweisung, wonach die genesenden Pflegerlinge des Morgens so frühzeitig zur Entlassung zu bringen sind, daß sie an demselben Tage, an dem sie entlassen sind, sich dem Heilberater noch vorstellen können, beachtet werden.

Die Pflegerlinge würden zu Arbeiten zugezogen, obwohl sie keinerlei Neigung dazu hätten.

Der Ehearzt bermeint das. Im Gegenteil, die Pflegerlinge drängten sich zu den Arbeiten und müßten vielfach zurückgewiesen werden. Verschäftigung würde natürlich nur solchen Personen angetragen, denen sie zuträglich sei, wenn sie also gewissermaßen auf die Stellung günstig einwirkte.

Der Ehearzt beklagt sich darüber, daß vielfach unbegründete Urlaubsgesuche gestellt würden. Eine Nachprüfung sei ihm nicht möglich.

Die Kommission empfiehlt, dasselbe Verfahren einzuführen, wie es in der Heilstätte üblich ist, nämlich, daß Anträge auf Beurlaubung nur in dringenden Fällen Berücksichtigung finden und daß es notwendig ist, beratliche Anträge durch die Hand des Arztes gehen zu lassen, damit dieser die Angaben bestätigt.

Bei früherer Gelegenheit war darüber Klage geführt worden, daß die Schuhe nicht unter Beschluß gehalten wurden und daher leicht entwendet werden könnten.

Die Kommission überzeugt sich, daß jetzt die Schuhe hinter einem verschlossenen Schrank aufbewahrt werden.

Die Kommission überzeugt sich, daß der zur Mitführung von Gewichte und Kartoffeln dienende Keller zu niedrig sei. Sie schlägt daher eine Erhöhung um etwa 30 Zentimeter vor.

Die zur Unterhaltung der Pflegerlinge angelegte Regalbahn hat sich gut bewährt; bei ungenügender Bitterung wird es aber als ein Uebel empfunden, daß die Regalbahn an den Seiten nicht geschlossen ist.

Die Kommission schlägt vor, die Regalbahn durch Holz zu verschalen. Sie würde dann auch im Winter nach Aufstellung eines Ofens benutzt werden können.

In den Zimmern der Pflegerlinge sind noch vielfach Tapeten vorhanden, die sehr abgenutzt sind.

Die Kommission erklärt sich damit einverstanden, daß nach und nach solche dieser Tapeten ein Delantrieb tritt. In Frage kommen die Zimmern.

Ein Antrag der Möbel wird für das nächste Jahr in Aussicht genommen.

Der Antrag der Beschaffung von zwei weiteren Bajscheden, der Seitenbeschaffung der Regalbahn und der Lieferlegung des Kellers werden abgelehnt.

Am 14. Juli letzte hat der Vorstand den Antrag des Verwalters, den Vorstand zu wählen, abgelehnt. Die Kommission schlägt nach eingehender Beschäftigung vor, den Vorstand für einen Zeitraum von 200 Mt. zu bewilligen, die Höhe der Vergütung von den Pflegerlingen bewilligt würde.

Mitteilungen des Rechnungsausschusses:  
Durch Beschluß des Vorstandes vom 14. Juli d. J. ist dem Rechnungsausschuss die Prüfung der Kostenanschläge und die Beschlußfassung über die Vauausführung von zwei Liegehallen übertragen worden.

Die Kosten belaufen sich nach dem Voranschlag für jede Halle auf 10 000 Mt., zusammen 20 000 Mt.  
Ausschuss ist mit der Erklärung der beiden Liegehallen in der im Voranschlag angegebenen Weise einverstanden, doch soll von der Verwaltung noch geprüft werden, ob nicht dem Holzwerk durch geeignete Maßnahmen eine größere Haltbarkeit gegeben werden kann.

- Die Anträge:
1. des Bergmanns Franz Straten in Altdorf auf Niedererschlagung von 48,82 Mt. Vergugszinsen;
  2. der Witwe des Bergmanns Wilhelm Althoff in Wylang auf Niedererschlagung von 88,28 Mt. Vergugszinsen;
  3. der Witwe des Knappschäftlers Dr. Reinhardt in Jena auf Niedererschlagung von 48,95 Mt. Vergugszinsen;
  4. der Witwe des Bergmanns Georg Heineke in Gelsenkirchen auf Niedererschlagung von 27,81 Mt. Vergugszinsen;
  5. des Vauunternehmers Hland in Hosterhausen auf Niedererschlagung von 28,87 Mt. Vergugszinsen;
  6. der Gemeinde Dillingen (Saar) auf Niedererschlagung von 588,88 Mt. Vergugszinsen

werden genehmigt.  
Ferner werden genehmigt die Anträge:  
7. des Vauunternehmers Franz Steggemann in Grumme auf Niedererschlagung von 72,48 Mt. Vergugszinsen und  
8. des Bergmanns Mathias Wittlich in Wattenfeld auf Niedererschlagung von 24,84 Mt. Vergugszinsen

unter der Bedingung, daß die am 30. Juni d. J. fällig gewesene Zins- und Tilgungsrate spätestens am 15. August 1910 bezahlt wird.

Der Ausschuss beschließt, den Architekten W. Weber in Ebing als Taxator zuzulassen.

1. Dem Apotheker Reichelt in Dellwig ist im Jahre 1908 ein Hypothekendarlehen von 85 000 Mt. an erster Stelle auf zehn Jahre un kündbar bewilligt worden unter den allgemein üblichen Bedingungen und den für die Bewilligung von Hypotheken aufgestellten besonderen Lieferungsbedingungen. An zweiter Stelle steht für den Kreditverein der Apotheker ein Darlehen von 15 000 Mt., eingetragen, welches in Jahresraten von 8000 Mt. zu tilgen ist. Die Erfüllung dieser Bedingungen wird dem Apotheker Reichelt sehr schwer und möchte er daher die zweite Hypothek abstoßen. Es ist ihm von einem Bankinstitut ein erstklassiges Darlehen von 60 000 Mt. angeboten worden.

Der Apotheker Reichelt beantragt um die Gewährung eines Zusatzdarlehens von 15 000 Mt. oder Entbindung von der Einhaftung der zehnjährigen Ankündbarkeitsfrist.

Der Ausschuss lehnt den Antrag auf Gewährung eines Zusatzdarlehens ab, genehmigt aber die sofortige Rücknahme des Darlehens mit der Maßgabe, daß die vereinbarten Lieferungsbedingungen bis zum Ablauf der in dem Darlehensvertrage festgesetzten Frist von Reichelt aufrechterhalten werden.

2. Der Vorstand des katholischen Krankenhauses in Berne a. d. Lippe beantragt die Gewährung eines erstklassigen Darlehens gegen Verpfändung des neu errichteten Krankenhauses nebst zugehörigen Ländereien zur Größe von fünf Morgen im Gesamtvertrage von etwa 500 000 Mt. Die Gemeinde Berne übernimmt die Bürgschaft für die Zinszahlung.

Der Ausschuss ist mit der Forderung eines Darlehens bis zur zulässigen Höhe unter den üblichen Bedingungen einverstanden.

Punkt 5 betraf die Erwahlungen zum Sazungs-, Kur-, Rechnungs- und Reaktionsauschuss eventuell Vereinigung dieser Ausschüsse zu einem Verwaltungsausschuss. Die Arbeitervertreter erklärten sich gegen die Vereinigung dieser Ausschüsse mit der Begründung, daß die Arbeitervertreter des Ausschusses überlastet würden, auch sei es jedenfalls zweckmäßiger, wenn die Arbeiten halbwegs verteilt würden. Es wurden darauf in den Sazungsausschuss gewählt: Horn, Schwarz, Linke und Fischer als ordentliche Mitglieder; Widjunn und Jungesblut als Ersatzmitglieder. In den Kur- und Rechnungs- Ausschüssen als ordentliche Mitglieder; als Ersatzmitglieder Fischer, Heinrich, Keuper und Horn. In den Reaktionsauschuss: Keuper als ordentliches Mitglied; Schwarz als Ersatzmann.

Die nochmalige Abstimmung über den Antrag, die Aufwendungen für die Seceförge in Berlinghausen um 200 Mt. zu erhöhen, ergab wiederum Einstimmigkeit und ist demgemäß endgültig abgelehnt.

Der Wahlprotest im Sprengel 274a wurde gegen die Stimmen der Werksbesitzer zum zweiten Male abgelehnt. Ebenso wurde der Antrag des Werksbesitzers Jungesblut, in Sachen der Witwe Fr. Lingelbach, von dem Einwande der Verjährung Abstand zu nehmen, zum zweiten Male von den Werksbesitzern abgelehnt.

Die Frage, ob die Gewährung der Brandschadensschädigung der Zeche Leutoburgia, in bar als Verdienst zu rechnen und bei Berechnung der Lohnklasse in Ansatz zu bringen sei, wird zur nochmaligen Aufzierung an die Zeche zurückverwiesen.

Die Anträge der einzelnen Geschäftsausschüsse werden genehmigt.

### Niedererschläfischer Knappschäftsverein.

Am Ende des Jahres 1909 zählte der Niedererschläfische Knappschäftsverein 34 914 Mitglieder, gegen 34 640 Mann im Vorjahre. Das Vermögen der Pensionskasse, das eigentlich Vereinsvermögen, hat sich im vorliegenden Jahre um 837 723 Mt. vermehrt (von 3 649 448 Mt. auf 4 487 172 Mt.). Diese Kasse hatte eine Einnahme von 5 777 016 Mt., eine Ausgabe von 2 868 841 Mt. und einen Bestand von 2 970 174 Mt. An Krankentafelbeiträgen sind 4 Prozent des Arbeitsverdienstes, je 2 Proz. von Werksbesitzern und Werksrenten erhoben. Die Krankentafel hatte eine Einnahme von 2 017 581 Mt., eine Ausgabe von 1 347 780 Mt., einen Bestand von 669 800 Mt. Die Zahl der im Betriebe befindlichen Werke betrug im Anfang des Berichtsjahres 80, nämlich 83 Steinkohlen-, 36 Braunkohlen-, 7 Erz und 4 Hüttenwerke, am Ende des Jahres waren 78 Werke im Betriebe. Die Mitgliedschaft auf sämtlichen Werken bestand aus 1291 Pensionistenmitglidern 1. Kl., 28 087 Mitglidern 2. Kl., 3 782 erwachsenen männlichen Krankentafelmitglidern, 818 jugendlichen, 573 weiblichen, 312 zahlenden und 151 nichtzahlenden Invaliden. Die Gesamtbeitragskraft betrug somit 34 994 Mann, 1908: 34 640 gleich 354 mehr. Zugerechnet sind als Pensionistenmitglidern infolge Neuaufnahme, Uebernahme und wieder eingetretener Arbeitsfähigkeit 5 698 Mann, abgegangen sind 3 173 Mann. Die Zahl der Knappschäftsinvaliden betrug 2 846 Mann. Hierunter standen im Alter von 17-30 Jahren 88 Mann, über 65 Jahre 684 Mann. Pensionberechtigte Witwen waren Ende 1909 2 772 vorhanden, Witzen 2 082. An Invaliden pensionen wurden gezahlt 112 391,00 Mark, an Witwenpensionen 82 521 Mark, an Erziehungsbeiträgen 55 577 Mark. An laufenden Unterhaltungen wurden verausgabt: 41 470 Mark, an einmaligen Unterhaltungen 1 717 Mark. An Abfindungen wurden gewährt 8 203 Mark. Für Invaliden wurden aufgewendet (Unterstützung und Sterbegeld) 18 690 Mark. Die allgemeine Sterblichkeit betrug bei altlichen Mitglidern 0,77; bei Invaliden 6,94; Witwen 3,93 Proz. Die Verwaltungskosten der Pensionskasse haben 4,24 Prozent der verbleibenden Ausgaben von 1 318 256,99 Mark betragen. Gegen Krankentafel ist ärztlich behandelt wurden 22 314 Kranke gleich 66,77 Prozent der Gesamtbeitragskraft. Diese bedurften zu ihrer Heilung 326 117 Tage. Zur Unterhaltung der Zigaretten Waldenburg und Neurode waren 225 146 Mark erforderlich. An Krankengeldern wurden gezahlt 533 668 Mark. Die Kur- und Arzneikosten für die Krankentafelmitglidern betragen 455 700 Mark. Die Verwaltungskosten der Krankentafel betragen 3,88 Prozent der Ausgabe von 1 158 636 Mark. Durch tödliche Unfälle hat der Verein 52 Mitglieder verloren; an Sterbegeld wurden 27 513 Mt. gezahlt. Eine Generalversammlung hat 1909 nicht stattgefunden; der Vorstand ist in 9 Sitzungen zusammengetreten. Er besteht zurzeit aus den ordentlichen Mitgliedern Herren: Generaloberdirektor Dr. Grunenberg, Nieder-Hermendorf, Vorsitzender; Bergwerksdirektor Müller, Waldenburg, stellv. Vorsitzender; Bergwerksdirektor Eckert, Neu-Weigstein (Werks-Vertreter); Knappschäfts-Vertreter: Gebhardt, Weigstein; Rojemann, Gottesberg; Bergmann, Hinter-Sellhammer (Arbeiter-Vertreter); Ersatzmänner: Bergwerksdirektoren Daniloff, Neurode; Walzer, Gottesberg; a. D. A. Rojemann, Kupferberg; sowie die Knappschäftsältesten Franke, Hausdorf-Neurode; Schuster, Altwasser; Simon, Gottesberg. Die Knappschäftsbedrerei zu Gottesberg hatte eine Einnahme von 188 633 Mark, eine Ausgabe von 134 154 Mark, einen Bestand von 53 778 Mark. Der Gewinn für 1909 beträgt 12 434 Mark. Die König Friedrich II. Stiftung zählt mit einem Bestande von 34 679 Mark ab.

### Mißstände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

**Zeche Adolar.** Wenn man die Anlagen von der Zeche sieht, sollte man meinen, es wäre eine Willenssacht, da müßte es auch schon zu arbeiten sein, aber das Gegenteil ist der Fall. Die Kesselheizer müssen zwölf Stunden ohne Pause stehen. Es wurde ihnen vor einiger Zeit versprochen, sie sollten Anlagen oder bloß acht Stunden Arbeitszeit haben. Da haben die Kesselheizer ein paar Tage lang bloß acht Stunden gemacht, dafür wollte ihnen der Maschinensteiger ein Viertel von der Schicht abgeben, was pro Tag 1 Mt. ausmacht, da der Lohn für 12 Stunden 4 Mt. beträgt. Bei den Jungen von 14 bis 16 Jahren wird es auch nicht so genau genommen mit den Pausen, denn es kommt vor, daß es in einem Zuge zwölf Stunden durchgeht. Dann stehen die Kesselheizer bloß 2-8 Meter vom Kesselhaus entfernt, was nicht sehr angenehm ist, denn der Gestank verpestet die ganze Luft. Wir wollen hoffen, daß die Verwaltung für Ordnung und besseren Lohn sorgt, das mit der Lebenshaltung im Einklang steht.

**Zeche Bruchstraße.** Auf der zweiten Sohle im Querschlag zum Meiler V müssen die Arbeiter dieses Reviers bis an die Knöchel im Schlamm waten. Es ist überhaupt eine Kunst, mit trockenen Füßen bis zur Wetterstrecke zu gelangen. Und wie sieht es hier aus. Das Wasser steht hier bis über den Schienen. Man muß sehr vorsichtig über dieselben hinweg balanzieren, denn wer einmal daneben tritt, der fliegt bis an die Kniee im Schlamm. Es kommt auch oft vor, daß es verregnet wird, das Wasser abzulaufen, dann kann man ein seltsames Schauspiel sehen. Dann sind nämlich die Kameraden gezwungen, Schuhe und Strümpfe auszuziehen, die Bekleider aufzutreiben und tropfen noch vorsichtig über die Schienen zu gehen, um nicht mit nassen Füßen die ganze Schicht zu arbeiten. Es könnte hier sehr leicht Abhilfe geschaffen werden.

**Zeche Friedrich der Große I und II.** Am 15. September wurde hier abermals einem Kameraden gekündigt, weil er noch widersprach, als ein Bergschiller ihm Befehl, still zu sein. Ohne vorsichtige Schuld des Kameraden war der Wod gestiegen gefallen; da kam der Bergschiller Klause angebendert: „Das kostet Ihnen 1,60 Mt., los, daß der Wod reinkommt“, worauf der Kamerad erwiderte, „ja lassen sie mit an, dann soll er schon reinkommen“. Da bekam der Herr einen Anfall. Seine Stimme überschlug sich fast als er sagte: „Was, Sie als Arbeiter sagen zum Beamten, er soll anfallen. Das brauch ich nicht“. Es entspann sich dann ein Wortwechsel, wobei der Herr Klause den Klitzern zog. In seiner Wut lief er zum Obersteiger und erregte damit, daß der Klumpel aus Wret kam. Spöttlich ist seiner „Beamtenehre“ damit genug getan. Wenn die Zeche so fortfährt, kann sie noch „berühmt“ werden. Es wäre aber schon besser, wenn man sein Augenmerk mehr auf die Mißstände richtete; so werden jeden Tag eine große Zahl Wagen wegen Mindermaß oder unrein gefüllt, ohne daß die Arbeiter eine Kontrolle haben. Jeden Nachmittag bei der Letzteprüfung werden auf die untersten Stagen schon Wagen aufgeschoben ehe die Leute von den oberen Stagen abgelassen werden. Zum Transport der verlegten oder gebrochenen Kameraden nach dem Krankenhaus wird noch eine alte kranke Kranke Karre benutzt, welche geschoben werden muß; elien moderneren Krankenwagen anzuschaffen, dazu ist kein Geld da. Auch dem Kumpel Nachdruck zu bringen, wenn zu Hause ein Unglücksfall vorliegt, geht nicht sehr schnell, wie ein Fall vom 27. August zeigt. Um 9 Uhr morgens kam Weidich auf die Zeche; trotzdem der Weg bis zur Arbeitsstätte des Kumpels, den es anging, nur 35 Minuten beträgt, bekam er erst 20 Minuten vor 1 Uhr Weidich. Nur im Gebirgsrevier steht man auf der Höhe; mehrere Kameradschaften in R. 8 wurden innerhalb zwei Monaten 40 Pfennig pro Wagen abgezogen. Gegenwärtig wird alles in die Marktenbude bestellt, um sich einen Bergmannstafelender zulegen; davon können sich die Arbeiter aber keine Suppe kochen.

**Zeche Königsgrube.** Ein recht schneidiger Beamter ist hier der Betriebsführer Welbers. Am 9. September kam er mit dem Reviersteiger vor die Arbeit des Kameraden W. und fragte sofort, von welcher Zeche er nach Königsgrube gekommen sei. Dann sagte er ohne weiteres: „Sie können sich zum 1. andere Arbeit suchen. Sie werden gekündigt.“ Auf die Frage des Kameraden, welcher Grund zu dieser Maßnahme vorliege, antwortete der Betriebsführer: „Wir brauchen Ihnen den Grund nicht zu sagen; wir können machen, wie wir es wollen.“ Als dann der Kamerad W. entgegnete, er (der Betriebsführer) sei dann wohl von irgend her beauftragt worden und sei nur der ausführende Teil, wurde der Herr ganz gewaltig erobst und schrie: „Sie haben mich beleidigt, haben mir Wachtbefugnisse innerhalb des Betriebes abgeprochen, ich lasse mich von keinem dirigieren und werde Ihnen zeigen, daß ich Betriebsführer von Königsgrube bin und tun kann, was ich will. Sofort nehmen Sie Ihre Sachen und fahren heraus. Sie kriegen die Papiere, kommen Sie nicht wieder nach Königsgrube, so lange ich hier Betriebsführer bin.“ Bei der Aushebung der Papiere sagte er: „Gehen Sie, jetzt habe ich Ihnen gezeigt, daß ich Betriebsführer bin und die Macht habe.“ Die Auszahlung für die sechs Schichten vorverzeigte er aber und wird dann das Berggewerbegericht angerufen werden. Durch ein solches Auftreten soll wohl das alte Unternehmen gefördert werden? Oder glaubt der Herr Betriebsführer auf diese Weise sein Ansehen heben zu können?

**Zeche Minister Uhenbach.** Das verderbliche, Geiße- und Aepfer der Arbeiter ruinierende Schütteltruckschiffsystem ist auch hier eingeführt, trotz aller Kritik, trotz allen Protestes der Arbeiter wird es eingeführt, weil es dem Unternehmer einen hohen Profit abwirft. Die Untereiter in den Schütteltruckschiffen ist bald nicht mehr zum Aushalten. Wer nicht mit dem frühesten Korb aufsteigt und im Rauffahrt nach seiner Arbeit läuft, wird dumm angesehen; eine gemeinschaftliche Pause, um das Unterbrüt zu essen, gibt es nicht mehr, das soll ebenfalls im Rauffahrt heringewirgt werden. Fortgesetzt heißt es, Kohlen in die Kutsche, faule Hände, verdammte Ausländer, Polaken usw. An alle diese „Fosjanen“ haben sich schon manche Arbeiter so gewöhnt, daß sie dieselben ruhig über sich ergehen lassen. Wir aber sagen: Es ist geradezu unerhört, daß herartiges unter geistlichen Menschen vorkommen kann. Welche großen Leistungen in den Schütteltruckschiffen erzielt werden, zeigen folgende Zahlen vom August: In einem Betriebe Kohlennummer 93, haben 32 Hauer 9212, in einem anderen Betriebe, Kohlennummer 76, 35 Hauer 8877 Wagen Kohlen geliefert; im ersten Fall entfallen also auf jeden Arbeiter 287,9, im zweiten 258,6 Wagen Kohlen. Die Zahl der durchschnittlich verfahrenen Schichten betrug 27 1/2. Das sind Leistungen, die nur erreicht werden können, wenn die Arbeiter über das erlaubte Maß hinaus angestrengt werden. Aber auch das scheint dem Steiger Hill noch nicht genug zu sein. So sagte er kürzlich als die Kameraden Schicht machten: „Gehurig, alles macht Schicht, ab etwas verbietet ist aber nicht!“ Danach sollen wohl die Arbeiter in der Grube bleiben, bis etwas verdient ist; ist dann etwas verdient, wird das Gebirge reduziert und die Arbeiter müssen wieder länger in der Grube bleiben, weil insafgedessen noch mehr geleistet werden muß, um etwas zu verdienen. So könnte die Schichtzeit verlängert und das Gebirge beliebig reduziert werden. Wirklich, eine großartige Idee! Die Ortsältesten erhalten 40 Pfg. pro Schicht mehr. Wofür? Sie leisten und können auch nicht mehr leisten, wie andere Kameraden! Das geschieht nur, um Schmarozker und Untereiter zu erzielen! Die Ortsältesten sind dann in der Regel die schlimmsten Untereiter. Kohlen in die Kutsche! so heißt es fortgesetzt. Kommt ein Kamerad einige Minuten später, wird er ebenfalls angebrüllt und man droht ihm mit Bestrafung. Am schlimmsten treibt es der Ortsälteste S., der mit allen Mitteln seine Tüchtigkeit zu beweisen sucht, wofür er von den Kameraden auch gebührend eingeschätzt wird. Dem Manne wäre zu raten, falls er nochmals Geschwür hat, zu Hause zu bleiben, wie es andere Arbeiter auch tun müssen, und sich nicht auf Kosten anderer zu drücken. So etwas sollte unter Kameraden nicht vorkommen und es ist wirklich tief beschämend, daß es Arbeiter gibt, die sich so gegen ihre eigenen Kameraden gebrauchten lassen. Aufgabe des Ortsältesten soll es in der Grube sein, die Sicherheit des Betriebes im Auge zu behalten und darauf zu achten, daß kein Arbeiter zu Schaden kommen kann. Wer sich aber nur als Untereiter fühlt, verlegt jedes Gefühl der Kameradschaftlichkeit und verneint seine Aufgabe in der grüßlichsten Weise.

**Zeche Rheinelle III.** Wegen Fördern unreiner Kohlen werden hier fortgesetzt viele Arbeiter mit 0,50-1 Mt. befristet; dabei stehen die Bedinge meist so niedrig, daß beim besten Willen nicht immer reine Kohlen geliefert werden können. Auch die Gebirgs- und Stützverhältnisse machen das vielfach unmöglich; auf Alles das wird keine Rücksicht genommen. Die Löhne stehen vielfach sehr niedrig; besonders im Revier des Steigers W. werden häufig Hauerslöhne von 4,70-4,80 Mt. pro Schicht bezahlt. Zu wünschen wäre auch, daß dieser Herr den Arbeitern ihren verdienten Lohn früher bekannt gäbe.

**Zeche Wilhelmine Victoria, Schacht I und IV.** Wichtigungen brauchen nicht wahr zu sein; die Richtigkeit ihrer tatsächlichen Angaben ist nicht zu prüfen. Entscheidungen des Oberlandesgerichts Breslau, der Amtsgerichte Danm



Das christliche Kunststückchen

das sich Herr Jmbusch anlässlich der Knappschaffswahlen mit dem Kameraden...

In den Knappschaffswahlen im Bezirk Offen-Ost

Der ganze Bezirk ist eine der festesten Domänen des christlichen Gewerkschaftsvereins...

wählen bezüglich der Bekämpfung des Verbandes, Zusammengehen mit den Beiden usw. einzusetzen.

„Christliche“ Lohdewirtschaft in höchster Potenz

Vor der Straßammer zu Saarbrücken hatte sich am 21. September der Buchdruckermeister Karl Hilger...

Als im Oktober der Weltgelehrte die Gesellschaft holte, der Konkurs angemeldet wurde, stellte sich heraus, daß überhaupt keine Konkursmasse mehr vorhanden...

Der Prozess hat ergeben, daß die Spargroschen der betörten „Bürgerlichen“ Vergleiche...

Zentrums-Gewerksvereiner beschimpfen die Geistlichkeit

Herr Vikar J. Windolph an der St. Josefikirche in Bochum hat unter dem Titel „Das Christentum der christlichen Gewerkschaften“...

Es ist recht lehrreich für alle „Auchristen“, zu erfahren, wie Herr Vikar Windolph für seine Schrift...

Materialien für eine objektive Beurteilung des Gewerkschafts-treites unter den deutschen Katholiken...

Wilar Windolph und seine geistlichen Gesinnungsgefährten werden also von dem zentrums-gewerksvereinerlichen Blatt beschuldigt...

Horn tuten will. Sehr erbaulich für die „Auchristen“ und bezeichnet für die „Katholische“ Gesinnung...

Ein anderes Blatt der Zentrums-gewerksvereiner, der „Sozialarbeiter“ (Nr. 88 vom 9. September 1910)...

Als Vorbild dient Herrn Windolph zwar der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Gue; doch reicht er in seinen Leistungen an diesen nicht heran...

Wer da weiß, mit wie gemeinen Mitteln Gue noch den „Sozial-bachern“ seit Jahren behandelt wird...

Sobann wird der Vikar Windolph von dem zentrums-christlichen „Sozialarbeiter“ als ein Schriftsteller bezeichnet...

„Bist Du Deibel ob der Denunziationsucht oder — ob des geäußerten Ausdrucks der Mißachtung der Heiligen Autorität!...

In der Tat, sehr „respektvoll“ gegenüber einem Geistlichen. Wie würden die Zentrums-journalisten loben...

Der jezt in eine interessante Beziehung mit dem „Geinrichsbrief“ gebrachte „Christliche“ Sekretär Franz Sülkes...

Wir empfehlen unseren Kameraden, sich diese Dokumente „respekt-voller Beachtung der höchstwürdigen Geistlichkeit“...

Königreich Sachsen

Ergebnislose Vermittlungsversuche des sächsischen Ministeriums des Innern

Wie noch bekannt sein dürfte, wurde Ende vorigen Jahres am dem Steinbohlenwerk „Vereinigte“ in Fohndorf mehrere Arbeitervertreter...

Das Ministerium des Innern hat, entsprechend den bei der Verhandlung vom 12. Februar d. J. ausgesprochenen Wünschen...

Für uns ist die Stelle von Bedeutung, daß unsere Darlegungen im Ministerium, welche zur Entlassung führten...

Herr Pfeilsticker wird hier genau Bescheid wissen. Herr Pfeilsticker verurteilt durch Drohung mit Entlassung auf die Mitglieder...

einigen Grubenbeamten der Bezirksleiter Krause anwesend. Die Beamten verlangten die Entfernung des letzteren, worauf Krause erklärte, daß er nur dann den Saal verläßt, wenn die Beamten das Gleiche tun. Dieses geschah dann. Am anderen Tage wurden dann die vier Vorstandsmitglieder entlassen!

Wenn also die Akten des Bergamtes im wesentlichen anders lauten, als die Entlassenen angeben, so sind dieselben unzutreffend. Wie protestieren aber dagegen, wenn das Ministerium in seinem Schreiben durchblicken läßt, als wenn die Arbeiter falsche Angaben bei den Verhandlungen gemacht hätten.

Mit Herrn Pfeilfänger werden wir uns in nächster Zeit noch einmal besonders beschäftigen. Die damaligen Maßregelungen, erklären wir heute noch für eine Rücksichtslosigkeit, die durch nichts gerechtfertigt war. Man wollte von den Arbeitern etwas verlangen, was jeder ethische Charakter zurückweisen mußte.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Wie Kranke Arbeiter in Oberschlesien behandelt werden.

Auf Wunschgrube in Gzermionka verunglückte vor circa zwei Jahren ein Bergmann G. sehr schwer. Seit dieser Zeit war der Mann acht Mal, wachen- und auch eingelagert, wegen derselben Krankheit im Lazarett. So auch im Monat März 24 Tage. Für diese Zeit und die folgenden fünf Monate hat G. außer 20 und 30 Mk. Unterstützung noch nichts erhalten, also weder Unfall- noch Krankengeld. Am 28. März 1910 erhielt er eine Ausfertigung, daß seine Familie eine Familienrente erhält. Am 9. Mai 1910 wieder einen Vorbescheid in demselben Sinne. Am 25. Juni 1910 wieder einen anderen Vorbescheid, nämlich, daß er keine Familienrente bekommt, sondern seine alte 20-prozentige Unfallrente, weil er nach Ansicht des Dr. Waller aus Guchow nicht an den Folgen des Unfalles vom Jahre 1908 krank lag. Die Krankheit im März 1910 soll also keine Folge des alten Unfalles sein, aber G. erhält 20 Proz. Unfallrente. Ja, was hat denn Herr Waller im März 1910 für eine Krankheit festgestellt, als er statt der alten 20-prozentigen Unfallrente eine Familienrente begründete, welche 40 Proz. betragen hätte? Im März sollte G. also nicht an den Folgen des alten Unfalles krank gelegen haben. Aber Ende Juni 1910 da war er wieder Unfallkrank. Wenn also G. im März nicht auf den alten Unfall krank lag, da durfte doch auch keine Familienrente, sondern nur Krankengeld gezahlt werden. Aber es mußte gezahlt werden und man dürfte die Familie nicht so lange warten lassen. Über damit scheint's überhaupt zu haben. Vor kurzem ist es erst herausgekommen, daß ein kranker Arbeiter erst nach drei Jahren den Rest seines Krankengeldes aus Larnowitz mit Hilfe des Bergarbeiterverbandes erhielt. Hier sollte die Aufsichtsbehörde doch einmal nach dem Recht sehen.

Die katholischen Facharbeiter in Oberschlesien auf öffentlichem Wittwege.

Die Bildung der katholischen Facharbeiter scheint schon alle Grenzen nach rückwärts überschritten zu haben. Vor zwei Monaten wandten sich mehrere dieser Leute aus Vorfranz und Wistupitz auf dem öffentlichen Wittwege durch den katholischen „Oberschlesischen Wanderer“ an die „hohe“ Verwaltung der Hedwigwünschgrube mit folgender Bitte:

„Wie bekannt, sind schon seit Monaten auf Hedwigwünschgrube drei bis vier Feiertage monatlich eingelegt, namentlich übertragene. Vom 1. April sind dazu Lohnreduzierungen in Grubenbetriebe eingeleitet, wodurch jedoch wieder die Tagelöhner in die größte Mißleidenschaft gezogen sind. Bei monatlich 21 bis 22 Schichten mit 2,90 Mk. pro Schicht, das sind 61 bis 64 Mk. Monatsverdienst, kommen noch 5,50 bis 6,00 Mk. Abzug zur Pension, Kranken- und Invalidenversicherung. Weiterhin sollen 10 bis 14 Mk. Miete und Steuern aufgebracht werden. Es kann aber kein Arbeiter und Familienvater mit 4 bis 7 oder noch mehr Kindern bei 40 bis 42 Mk. Verdienst in der überaus teuren Zeit, seine Familie ernähren und bekleden, Unterernährung, Zwietracht, Nummer und Verderben sind die Folgen. Der Tagelöhner gehört zum Betriebe wie jeder andere. Er hat dieselben Gefahren, ist zugleich jeder Witterung preisgegeben und muß die weichen und schweren Arbeiten verrichten; bleiben Leute der Schicht fern, so müssen die übrigen die Arbeiten verrichten, da kein Ersatz vorhanden ist. Deshalb wenden sich die Arbeiter auf öffentlichem Wittwege an die hohe Verwaltung der Hedwigwünschgrube, unsere Kinder zur Arbeit zuzulassen, damit Friede, Ruhe, Saubrit und Ordnung in unsere Arbeiterfamilien einkehrt. Wie gehören nicht zu den unzufriedenen Sozialdemokraten, sondern wir bitten, uns rechtlich ernähren zu dürfen. Mehrere Arbeiter.“

Auf öffentlichem Wittwege bieten diese katholischen Familienväter ihre Kinder den Grubenherren zur Arbeit an, damit Friede, Saubrit und Ordnung in ihre Familien einkehrt. Ein schlimmeres Missgeschick dürfte den katholischen Facharbeitern wohl noch nicht gestellt worden sein, wie es hier durch die eigenen Anhänger geschieht.

Die „hohe“ Bergverwaltung scheint aber vernünftiger gewesen zu sein, als die katholischen Väter, welche ihre Kinder, die der Schule an den Rücken gewandt haben, schon dem kapitalistischen Joch der Arbeit zuführen wollten. Die „hohe“ Verwaltung der Hedwigwünschgrube ist aber auf andere Weise den katholischen Wittweilern jenseit gekommen, indem sie in den Bechenhäusern folgende Befanntung anhängen ließ:

„Tagelöhner, welche an Sonn- oder Feiertagen sich einen Verdienst verschaffen wollen, können beim Hochtiefbetriebe Es und Erze fahren oder sonstigen Nebenarbeiten bei Tage oder Nacht lohnende Arbeit finden. Die betreffenden Leute sollen dann früh 6 Uhr im Hochtiefbetriebe melden.“

Hedwigwünschgrube, den 25. Juni 1910. „inen größeren Schlag ins Gesicht der katholischen Facharbeiter s der „hohen“ Bergverwaltung konnte man nicht erwarten. nstich haben die Facharbeiter, welche nicht Sozialdemokraten n wollen, das ärztliche Gebot „Du sollst dich Sonntag heiligen“, überschritten. Die Arbeiter aber, welche Mitglieder der katholischen Facharbeitern geworden sind, mühten doch endlich einsehen, sie eigentlich in diesen Vereinen an der Nase hingeführt werden hnen ein für allemal den Rücken kehren. Bezeichnend ist, daß man schon die Kinder mit in die Grube nehmen will, um die Familie ernähren zu können. Anstatt aber das Mitleid der Öffentlichkeit anzusehen, sollte man sich dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands anschließen und die Bechenhäuser nicht untertanig bitten, sondern einen ausreichenden Lohn für die schwere Arbeit verlangen. Mit untertanigen Bitten kommt man bei den Grubenbesitzern nicht weiter.“

Versammlungsfreiheit in Oberschlesien.

Im Orte Gzermionka (Kreis Mysłowice) fand sich nur mit der größten Mühe jemand, der von der Grube unabhängig ist und deshalb für eine Versammlung seinen Vorkauf geben konnte. Als nun die Versammlung durch den Bezirksleiter Scholthof beim Amtsvorstand Lukas, Rittergutsbesitzer in Welf, angemeldet wurde, wurde im Kreise alles lebendig. Bevor die Antwort auf die Anmeldung kam, wurde dem Gesundheitsrat Switalla ein hoher Besuch zuteil. Amtsvorsteher Lukas, Gendarm Dünnebieber und noch ein dritter hoher Herr kamen den Versammlungsort revidieren. Switalla sollte 30 Mk. Strafe zahlen, wofür, wie er heute noch nicht, so sagte er am 16. August d. J. unter Eid als Zeuge im Verleumdungsprozess Dünnebieber gegen Scholthof. „Sofort soll Bescheid erteilt werden“, steht im § 7 des Vereinsgesetzes. Nach einer Woche kam erst der Bescheid, daß die Genehmigung verjagt wird, weil der Versammlungsort an der Chaussee liegt, auf welcher durch die Versammlung eine Verkehrsstörung entstehen könnte. Bescheid beim Landrat über Lukas, der auch Kreisausführungsmitglied ist, zu führen, war ja überflüssig; aber das ist der Instanzweg. Und trotzdem man die Antwort voraus mußte, ist doch die Bescheid gemacht worden, damit es nicht heißen konnte, daß der Amtsvorstand recht hätte. Also wie gesagt, der Landrat gab dem Herrn Lukas recht und noch weiter zu gehen, hat bisher auch nichts genutzt. Da nun eine öffentliche Versammlung so hintertrieben wurde, wollte man eine Belegschaftsversammlung der Dubenslogtube, Direktor Silger, in der Scheune oder in der Wohnung Switallas machen und verteilte dazu Handzettel von Haus zu Haus. Da es nun Regenwetter war, kamen nur einige Stiefel-Verbandsmitglieder zu dieser Versammlung. Aber auch der Gendarm Dünnebieber kam mit dem Amtsdieners Bierecht ins Haus und wollte die Genehmigung zu der Versammlung sehen. Als ihm von Scholthof bezeugt wurde, daß er sich erst mal legitimieren sollte, was er ja und was ihn beauftragt habe, um so störender gab er zur Antwort, das ganze uns nichts an, wenn keine Erlaubnis zur Versammlung da ist, darf keine abgehalten werden. „Gib mir die Antwort, daß es sich um eine meldepflichtige Versammlung handelt, sondern um eine solche nach § 8 und falls nicht mehr Leute zusammenkommen, wird nur eine Mitgliederversammlung abgehalten. Davon wollte der Gendarm nichts wissen und warum? Erst am 16. August sagte er das an Gerichtsstelle. Der Landrat gab ihm mündlich, der Amtsvorsteher schriftlich den Auftrag, daß er unter keinen Umständen keine Versammlung erlauben darf. Da nun ein Gendarm in solchen Fällen nur zu gehorchen hat, so mußte auch Dünnebieber gehorchen. Da die Versammlung sich aber aus der Wohnung des Switalla nicht entfernen, mußte D. einen anderen Ausweg suchen und „and ihm auch“. Er blieb ungefähr eine Viertelstunde lang im Haus, bis Switalla kam und fragte ihn, ob er sein Haus vermießt habe. Switalla hatte noch Angst genug vom letzten Besuch, als ihn die Herren mit 30 Mk. Strafe bedrohten, sagte nein, worauf der Gendarm ihm anriet, er solle uns das Haus vermießen. Switalla hat es auch getan, denn er muß der Polizei gehorchen, sagte er im Termin am 16. August in Mysłowice. „In dem ungefähr 20 Minuten langen Wortwechsel Scholthofs mit Dünnebieber soll letzterer dem Gendarmen gesagt haben: „Sie haben hier nichts zu suchen, machen Sie, daß Sie fortkommen!“ Das nun gab D. als Verleumdung an, und der Advokat Amtsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis. Das Gericht ging auf einen Monat herab. Es ist dagegen Berufung eingelegt worden. Der Vorsitzende begründete das Urteil u. a. damit, daß der Beamte gewissermaßen die Staatsgewalt vorstellt, vor welcher jeder Mann Respekt haben soll usw. Wer ist hier eigentlich der richtige Gesetzesverleüer? Nach den Umständen, der Staatsanwaltschaften noch nur der Landrat, der Amtsvorsteher und der Gendarm. Der Versammlungsort lag mindestens 5000 Menschen. In Gzermionka wohnen aber höchstens 2000. Es kamen demnach, wenn alle Beamten und Verleiute zu einer Versammlung kommen würden, höchstens 400 Mann in Betracht. So sieht es mit dem liberalen Vereinsgesetz hier aus, es ist tatsächlich für die Kraft Schuld daran tragen, aber auch die Arbeiter selbst; sie verzehren hier sauer verdienten Groschen in Gastwirtschaften, die Angst vor dem Gendarmen haben. Solange es so bleibt, wird es für die Arbeiter noch schlimmer werden. Darum auf zur Abwehr und in den Bergarbeiterverband!

Und das nennt sich reichstreu? Solange sich die hiesigen Grubenmagnaten für schweres Geld den „Feierabend“ zusammenfestern lassen, ist wohl noch keine Nummer erschienen, wo nicht bald eine ganze Litanei von Sozialdemokraten und den freien Gewerkschaftlern beweglichen Schauer- und Terrorismusgeschichten, Taktarenschindeln, fällig werden würden. Daß die reichstreu Keimblätter damit bei der reichstreu Herde Einbruch erwidern könnten, glauben sie wohl selber nicht, aber es muß eben den Schächern etwas geboten werden. Immer ist es der Arbeiterpresse ein Leichtes, dem alle Wunden wiederkehrenden Götze den Stempel der Lüge aufzudrücken; dann hüllt sich der „Feierabend“ in la Ermet und Galassch in heißes Schweigen. Was an diesen Verichten wahres ist, kann man schon daraus erkennen, daß sie alle, ausnahmslos aus weiter Ferne geflogen kommen. Man sollte uns meinen, daß der „Feierabend“ verpflichtet wäre, und es doch auch viel bequemer hätte, wenn er zunächst den z. B. von der hiesigen Unternehmerrichterschaft massenhaft vertriebenen Terrorismus und sonstige gegen die Arbeiterschaft gerichtete Anschläge geißeln würde. Doch darüber das ganze Jahr sein Wort! Wenn in Duzehnde eines Menschen einmal eine Lupe über die Leber gefahren ist, ob das Neugeborene des und jenes Nüstern zuerst den Durchfall hatte oder verstopft war, ob bei diesen oder jenen künstlichen Mähen aus silbernen oder goldenen Schüsseln gegessen wurde, alles das kommt gewiß in die nächste Nummer des „Feierabend“. Wie es aber auf den hiesigen, vor allem den Fürst Pleßschen Gruben auszieht, was da von den Beamten an Terrorismus geleistet wird, davon berichtet der „Feierabend“ nichts. Um auch in dieser Hinsicht dem „Feierabend“ einen Fingerzeig zu geben, wollen wir einmal das Tun und Treiben einzelner Beamten der Fürst Pleßschen Gruben beleuchten. Fast jeder Beamte ist Agitator der „Reichstreu“. Findet irgendwo eine reichstreu oder Kriegervereins-Versammlung statt, so werden, aus lauter Unparteilichkeit natürlich, die Verleser, Markenbuden, kurzum, jedes Plätzchen zur Melange zur Verfügung gestellt. Als Steiger Nikolaus 1907, den reichstreu Verein in Ober-Mittwasser in Flor bringen wollte, war jeder Markenfontelleur angewiesen, jedem in Ober-Mittwasser ansässigen Bergarbeiter einen Einladungszettel auszuhändigen. In der Grube wurde die Agitation von den Beamten betrieben. Eine Sache, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann, begann. Heute, nach reichlich drei Jahren, kann Steiger Nikolaus sagen: „Es war so schön gewesen, es hat nicht sollen sein!“ Seine „Erfolge“ kann er bequem in einem Kinderwägelchen fortbringen. Trotz liebevoller Ermahnungen und Beteuerungen, selbst durch Drohungen, waren die Schächern nicht mehr zu halten, die reichstreu Plimpelwürste schmeckten ihnen zu sehr nach Terrorismus.

Und das nennt sich reichstreu?

Um den vermaledeiten Verbändlern nicht ganz das Feld zu überlassen, hat jetzt Steiger Nikolaus einen nagelneuen Militärverein aus der Taufe gehoben. Wie heißt es doch in fast jeder Nummer des „Feierabend“: „Dem Terrorismus der Arbeiter muß Einhalt geboten werden.“ Polizei und Staatsmacht werden angefleht, doch dem Treiben der Not ein Ende zu bereiten. Was hat man aber hier bei Gründung dieses Vereins? Auf allen Pleßschen Gruben wurden den dortigen Arbeitern Einladungszettel zur Gründungsversammlung ausgehändigt. Die Arbeiter wurden bestirmt, ja diesem Verein beizutreten. Vor Ort in der Grube bekamen die Arbeiter Tag für Tag seine Ruhe. Es war mehr: Steiger Nikolaus ließ sogar Leute, die schon in der Grube waren, wieder ansfahren und wurde ihnen da so lange der Kopf warm gemacht, bis sie die vorgelegte Beitrittserklärung unterschrieben. Beim Schichtwechsel bezog Markenempfang wurden die Arbeiter vom Portier gefragt, wo sie wohnen, ob sie Soldat gewesen, ob sie im Kriegerverein sind usw. Es wurde alles genau von ihm aufnotiert. Diese Notizen werden dann den betreffenden Arbeitsteilungsteigern übermittelt und nun geht eine wahre Hejzag in der Grube los. Die Arbeiter werden alle Tage vor Ort gründlich hochgenommen und wird ihnen durch alle möglichen Mittel so lange ausgehört, bis sie sich bereit erklären. Untersteht sich aber einmal ein Arbeiter für eine andere, der Grubenverwaltung nicht genehme Vereinigung zu agitieren, flugs wird dieses zum Staatsverbrechen gestempelt.

Ist das hier Geschiberte vielleicht kein Terrorismus, lieber „Feierabend“? Wie die freie Wahl von Pleßschen Beamten verstanden und ausgelegt wird, konnte so recht bei der Knappschäftswahl in Waldenburg beobachtet werden. Laut Wahlreglement sind die Grubenverwaltungen verpflichtet, die Stimmzettel auszuteilen. Auf jeder anderen Gewerkschaft hatte man sich streng an das Reglement gehalten. Was hat man aber auf den Pleßschen Gruben? Hier wurde den Wählern gesagt, daß sie nur den und den Kandidaten zu wählen hätten; ja, von einem Aufseher, des Tiefbaufachstes wurde einseinen Wählern der Name des reichstreu Kandidaten auf die Zettel geschrieben. Obwohl diese Handlungswiese von der Arbeiterschaft scharf gegetelt wurde, wurde sie bei der letzten Wahl in Neu-Waldenburg ebenfalls angewandt.

Bei den Sicherheitsmännerwahlen waren es wieder die Pleßschen Gruben, wo die Arbeiter am meisten über Terrorismus zu klagen hatten. Angefichts solcher Vorwissenisse muß man fragen, wo bleibt denn da eigentlich der „Feierabend“? Doch ein Fürst Pleß geht nicht umsonst das viele Geld in den reichstreu Beutel.

Die Behandlung der Arbeiter seitens der Beamten fordert auf feinem Werk des ganzen Mediziers so die Kritik heraus, als wie gerade auf den Pleßschen Gruben. Nicht genug, daß die Löhne immer niedriger werden, nein, die Arbeiter werden obendrein noch als Faulenzer bezeichnet und beschimpft.

Wenn auf dem Hermannsdach einmal die Arbeiter die ihnen aufgetragenen Arbeiten nicht fertigbringen und über Schichtschluß arbeiten müssen, heißt es ganz einfach beim Steiger Toppel, zum Dank wahrscheinlich: „Ihr Faulige, Ihr großen Faulige, was habt Ihr solange gemacht?“

Steiger Wolf auf dem Bafschacht tituliert die Arbeiter: „Däje, Köppling“ usw. Steiger Scheumann auf demselben Schacht gefällt sich in folgenden Ausdrücken: „Ihr roten Hunde, Lumpen, Bagabunden, Euch will ich austrotten!“ Fast vor jedem Ort, wo dieser Mann hinfommt, fängt er auf die Sozialdemokratie und den Bergarbeiterverband an zu lästern, er brüllt es wie ein Rame. Seine größte Wut kommt zum Vorschein, wenn er von einem Arbeiter einmal nicht begrüßt wird. Aufseher Jung auf Bahnschacht hat alle Esel, dumme Luder, verfluchte

Säue usw. in seiner Abteilung. In ähnlicher Weise schimpfen Steiger John, Steiger Nikolaus und andere. Doch mit den Atkulationen ist es nicht genug, selbst Prügel werden angeboten, wie g. B. erst kürzlich Steiger Nikolaus einem anderen Beamten befohl, er solle nur einem Arbeiter eine in die Presse geben.

Am schlimmsten springt man wohl mit den Arbeitern auf der Pleßschen Abendrothgrube in Rothenbach, um. Jeder Beamte bis zum Förderaufseher herunter dünkt sich als Herrscher über die Arbeiter. Nicht allein, daß der Arbeiter, solange er auf der Grube seine Arbeit verrichtet, beobachtet und beispeltelt wird, nein, selbst sein Tun und Lassen zu Hause, auf der Straße, im Wirtschaft usw. wird auf der Grube zum Ausgangspunkt großer Rezerien gemacht. Am schlimmsten ist wohl in dieser Hinsicht der Steiger Förster. Bei ihm heißt es z. B. Montags: „Wo waren Sie gestern? Haben Sie vielleicht wieder im Streikhaus (Arbeiterlokal) geknallt und dabei die ganzen Stunden zusammengetrommelt?“ Hat wieder einmal eine Förster nicht genehme Versammlung stattgefunden, so heißt es am anderen Tag: „Na, Sie waren wohl auch in der roten Versammlung; gehen Sie lieber in den reichstreu oder Kriegerverein, das ist besser für Sie!“ Zu einem jungen Arbeiter sagte Förster: „Ihre Mutter ist Witwe, gehen Sie in den reichstreu Verein, da bekommt die Mutter die Mutter Reichstreu.“ Ein von hoher politischer Schulung zeugender Ausdruck von ihm lautet: „Die Sozialdemokratie ist die Ralte, die bürgerlichen Parteien dagegen sind die Wärme, die alles befruchtet. Der „Jakob“ und die „Wolfsmacht“ seien abschlechtige Wäiter, er (Förster) hätte eine Nummer geschrieben, aber keine mehr.“ Nach der Gemeinderatswahl sagte Förster zu einem Arbeiter: „Sie haben sozialdemokratisch gewählt, warum haben Sie das getan, Ihr Kandidat versteht doch gar nichts von solchen Sachen.“ Ein Arbeiter nimmt für seinen kranken Bruder Urlaub (der Mann starb eine Zeit darauf), sagte Förster: „Da ist er wohl beschaffen!“ Ein Arbeiter (den Förster eines Betruges verdächtigt) will dadurch Genugtuung haben, daß er verlangt, Förster solle die Befeldigung zurücknehmen. Darauf brüllt Förster den Betreffenden an: „Sind Sie besoffen oder sind Sie nicht geschäftig, ich soll Ihnen Abbitte leisten? Erzählen Sie nicht solchen Quatsch!“ Die Abbitte bestand kurze Zeit darauf darin, daß dem Betreffenden gekündigt wurde.

Die Unparteilichkeit und der von dem vom „Feierabend“ so verdamnte Terrorismus, geht bei Förster aber noch weiter: „Wenn Sie nicht aus dem Verband austreten und mir das Mitgliedsbuch bis zu dem und dem Tage abliefern, künde ich Ihnen die Arbeit!“ Leute, welche bei Wahlen nicht nach Försterart gewählt oder die ein Vorkaufzettel unterschrieben haben, werden, natürlich nur zufällig, gekündigt. Wenn Bedingungen, wenn Arbeiter über schlechte Bedinge klagen, heißt es: „Das Bedinge ist hoch genug. Ich (Förster) muß die ganze Abteilung erhalten, Ihr braucht aber nur Eure Kinder zu erhalten.“ Jedenfalls ist dieses so zu verstehen, daß die Faulheit der Arbeiter mit bezahlet muß. Weiter heißt es: „Egt Margarine, das ist die beste, sie hat den meisten Fettgehalt.“

Nommt der Herbst heran, so beginnt für Förster eine besonders schwierige Zeit, indem er den Handel mit den bekannten patriotischen Anstendern betreibt. Natürlich geschieht auch dieses, wie überhaupt die Agitation, in der Grube vor Ort. Will ein Arbeiter seinen Kalender kaufen, so heißt es: „Da sind Sie wohl Sozialdemokrat!“ Schließlich heißt es wegen jeder Kleinigkeit: „Mit Ihnen habe ich es gerade satt, Sie sind der erste, der hinausküßt, sehen Sie sich um andere Arbeit um!“ Daß bei solch veranlagtem Steigerpersonal auch die reichstreu Bildung der Unterbeamten dementsprechend ist, versteht sich von selbst. „Sie verfluchtes Namel, sperren Sie die Köffel besser auf oder machen Sie sich dieselben besser rein!“ So werden Arbeiter vom Aufseher Gütler angefaßt.

Wohin soll das alles führen? Und glaubt man, die Arbeiter auf diese Weise zur Reichstreu erzziehen zu können? Wir glauben es nicht! Ebensovienig wird das Ansehen der Beamten dadurch gehoben. Für den „Feierabend“ wäre hier ein großes Betätigungsfeld. Hier einmal Kritik zu üben, wäre angebracht, wie über erfundene Terrorismusgeschichten zu lancieren. Aber freilich, dafür wird der „Feierabend“ nicht ausgehalten.

Lohnbewegungen und Streiks.

Mietenausperrung in der Metallindustrie.

Am 22. September hat der Gesamtverband der Metallindustriellen beschlossen, falls bis zum 8. Oktober d. J. die Differenzen auf den Schiffswerken nicht erledigt sind, in allen zum Gesamtverband gehörenden Betrieben Deutschlands 60 Prozent der Beschäftigten auszusperrern. Die „Bergwerks-Zeitung“ vom 25. September berichtet:

„Wie schon gemeldet, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller in seiner Sitzung am 22. September einstimmig beschlossen, die Schiffswerken in ihrem Kampfe gegen die Forderungen der Werftarbeiter zu unterstützen. Es sollen zu diesem Zwecke am 8. Oktober 60 Prozent der Arbeiterschaft der Metallindustrie ausgeperrt werden, wenn bis dahin zwischen den Werften und deren Arbeitern keine Einigung erzielt worden ist. Die Aussperrung, welche etwa 360 000 Arbeiter treffen würde, soll nicht eher aufgehoben werden, bis die Streitigkeiten auf den Schiffbauplätzen beigelegt und die Sympathiestreiks aufgehoben worden sind. Die Wiedereinstellung soll dann gemäß dem Bedürfnis der Betriebe erfolgen.“

Seit Mitte Juli stehen die Werftarbeiter auf den deutschen Schiffswerken im Ausstand, ohne daß bisher die Unternehmer das geringste Entgegenkommen gezeigt hätten. Nun sollen die Arbeiter durch eine allgemeine Aussperrung zu Paaren getrieben werden. Die Lehren der Bauarbeiteraussperrung in diesem Frühjahr, die mit einem kläglichen Fiasko der Unternehmer gendete, scheinen an den Unternehmern der Metallindustrie spurlos vorübergegangen zu sein. Daß die Arbeiter sich bedingungslos unterwerfen, erscheint ausgeschlossen, daran scheinen auch die Unternehmer nicht zu glauben, denn selbst die „Bergwerks-Zeitung“ schreibt:

„Da die Aussichten auf eine Verständigung zwischen Werften und Werftarbeitern sehr gering sind, muß selber schon heute mit dem Eintritt eines solch gewaltigen Kampfes gerechnet werden, wie er in der Aussperrung von rund 360 000 Arbeitern zum Ausdruck kommt und dem sich eben erst erholenden Geschäftsgange des deutschen Erwerbslebens wird auch neue eine schwere Wunde geschlagen. Der Frühling brachte uns den Mietenstreik im Baugewerbe und der Hochsommer den Anlaß zu dem jetzigen Kampfe, der als Maßnahme der Arbeitgeber gegen Sympathiestreiks der Arbeiter in einem solchen Umfange noch nie das deutsche Wirtschaftsleben getroffen hat.“

Allerdings werden unseren Wirtschaftsleben schwere Wunden durch eine derartige Aussperrung geschlagen. Daran sind aber nicht die Arbeiter schuld, sondern der Machtbündel der Unternehmer, welche jedes Entgegenkommen ablehnen. Die Arbeiter sehen den kommenden Dingen voller Zuversicht entgegen. So haben die Metallarbeiter in Leipzig in sechs Versammlungen, die von über 15 000 Personen besucht waren, zu der bevorstehenden Aussperrung Stellung genommen und einstimmig folgender Resolution zugestimmt:

„Die am 23. September in den Lokalen Volkshaus, Neuer Gaihof Gohlis, Albertgasse, Schiffbauwerk, Alter Gaihof Leuzsch, Felsenkeller und Terraste stattgefundenen Metallarbeiterversammlungen nehmen Kenntnis von den Aussperrungsentschlüssen der Leipziger Metallindustriellen und erklären, daß diese Maßnahme die Metallarbeiter in keiner Weise veranlassen können, an den gegen die Aussperrung im Metallindustriellen-Arbeitsnachweis gerichteten Maßnahmen etwas zu ändern. Die Versammlungen verpflichten vielmehr, nach wie vor mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung dieser Maßnahmen zu wirken und beauftragen die Ortsverbände, beim Vorstand des Metallarbeiterverbandes zu beantragen, daß im Falle der Aussperrung von 60 Prozent für Leipzig die Genehmigung erteilt wird, auch die übrigen 40 Prozent aus den Betrieben herauszugiehen und die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis die Arbeitsnachweisangelegenheit zur Zufriedenheit der Leipziger Metallarbeiter geregelt ist.“

Hinter den Werft- und Metallarbeitern steht die Solidarität aller frei organisierten Arbeiter, an der sich der Machtbündel der Unternehmer schon brechen wird. Die Räume der Unternehmer werden auch diesmal nicht in den Himmel wachsen.

